MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924
1924

287 (24.6.1924) Mittag-Ausgabe

urn:nbn:de:bsz:mh40-217059

Verkaufspreis 10 Goldpfennig

Dienstag, 24. Juni — Mittag-Ausgabe — 1924 — Nr. 287

Mannheimer General-Anzeiger

Neue Mannheimer Zeitung

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung wöchentlich 65 Gold-Pfennig. Die monatlichen Bezieher verpflichten sich bei evtl. Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse notwendig werdende Preiserhöhungen anzuerkennen. Postscheckkonto Nummer 17590 Karlsruhe. — Hauptgeschäftsstelle Mannheim T 6, 2. — Geschäfts-Nebenstelle Neckarstadt, Waldhofstr. 6. Fernspr. Nr. 7941, 7942, 7943, 7944, 7945. Telegr.-Adr. Generalanzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zwölfmal.

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung pro einspaltige Kolonelzeile für Allgemeine Anzeigen 0,40 Goldmark, Reklamen 2,— Goldmark. Für Anzeigen an bestimmten Tagen Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Höhere Gewalt, Streiks, Betriebsstörungen usw. berechtigen zu keinen Ersatzansprüchen für ausgefallene oder beschränkte Ausgaben oder für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Fernspr. ohne Gewähr. Gerichtsst. Mannheim.

Beilagen: Sport u. Spiel im Mannheimer General-Anzeiger · Aus Zeit u. Leben mit Mannheimer Frauen- u. Musik-Zeitung · Welle u. Schall · Aus Feld und Garten · Wandern u. Reisen

Das Ergebnis von Chequers

Angriffe der Nationalisten gegen Herriot

„Französischer Erzberger! — Verräter!"

V **Paris**, 24. Juni. (Von unserm Pariser Vertreter.) Herriot wiederholte gegenüber den Berichterstattern der reaktionären Boulevardpresse den sonderbaren Satz: „Macdonald hat von mir keine Opfer verlangt!" Es läßt sich begreifen, daß man in dieser etwas nervösen Versicherung des Ministerpräsidenten den heikelsten Punkt der Zusammenkunft von Chequers erblickt. Die Poincaristen hämmern darauf los und sprechen mit einer übertriebenen Erregung die Besorgnis aus, daß Herriot doch mehr als ein Opfer gebracht habe. In den Wandelgängen der Kammer kam aus dem Munde des poincaristischen Abg. Maginot die Aeußerung: „Herriot wird noch der französische Erzberger, nachdem er Caillaux übertroffen hat."

Es besteht kein Zweifel darüber, daß Herriot die größten Anstrengungen macht, um den Angriffen der reaktionären Presse und den in den Wandelgängen der Kammer intrigierenden Nationalisten die Spitze zu bieten. Das ist auch der Grund, weshalb er die eingangs zitierte Erklärung in die Boulevardpresse lanzieren ließ. Mit den Tatsachen stimmt die Versicherung, Macdonald habe keine Opfer von Herriot verlangt, insofern überein, als es in Anbetracht der Abwesenheit von Belgien und Italien zu einer solchen Debatte überhaupt nicht kommen konnte. Erst auf der interalliierten Konferenz wird es sich um eine Politik des Gebens oder Nehmens handeln. Herriot vermochte aber in Chequers festzustellen, daß Macdonald die wirtschaftliche und militärische Räumung des Ruhrgebiets für notwendig hält und darin eine Erfüllung des Sachverständigenberichts erblickt. Der Antrag Herriots, die strategischen Linien des linksrheinischen Eisenbahnnetzes in interalliierter Hand zu behalten, um im Falle einer deutschen Verfehlung militärische Pressionen auszuüben, stieß bei Macdonald auf festen Widerstand. Der englische Premierminister forderte zwar nicht von Herriot das Opfer, diesen Vorschlag zurückzuziehen, aber er erklärte, daß man einen anderen Weg werde einschlagen müssen, um eine Verständigung über die Garantiefrage zu erreichen.

Es ist für die Stimmung in französischen linksrepublikanischen Kreisen kennzeichnend, daß man für die Festhaltung gewisser Eisenbahnlinien auch nach der Durchführung des Dawesplanes eintritt. Sogar der Sozialist Bonnaure sprach sich in einer Rede, die er gestern in seinem Wahlkreis hielt, für diese Sicherung aus, beging aber den taktischen Fehler, die Festhaltung einiger linksrheinischer Eisenbahnstrecken mit der Sicherungsfrage und nicht mit dem Expertenplan zu verknüpfen. Das beweist, daß Herriot in Chequers den Versuch machte, beide Probleme miteinander in Zusammenhang zu bringen. Macdonald lehnte dieses Verfahren ab. In der interalliierten Konferenz, die sich hauptsächlich mit der Räumungsfrage und dem Zeitpunkt der völligen Freigabe des neubesetzten Gebiets zu befassen haben wird, dürfte Herriot wohl einen anderen Vorschlag einbringen. Da der Versailler Vertrag klare Bestimmungen über die Entmilitarisierung des linksrheinischen Ufers und die Befugnisse des Oberkommissars in Koblenz enthält, so ist Macdonald fest entschlossen, die Sicherungsfrage

im Rahmen des Versailler Vertrages unter Mitwirkung des Völkerbundes

zu lösen. Die Garantien, mit denen der Sachverständigenplan ausgestattet sein soll, werden wirtschaftlicher und finanzieller Natur sein. Sie unterliegen vor allem der Beurteilung des künftigen Hauptgläubigers Deutschlands, Amerikas. Aufgrund des Dawesplanes dürfen diese Garantien die friedlichen Verhältnisse Europas nicht gefährden. Die Einladung der Vereinigten Staaten, an der nächsten interalliierten Konferenz teilzunehmen, zeigt deutlich, daß in Chequers von einer Entscheidung in der Garantiefrage abgesehen wurde. Herriot brachte jedoch ein freiwilliges Opfer, dessen Tragweite nicht zu verkennen ist. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" teilt hierüber folgendes mit: Der französische Ministerpräsident hat mit der Formel Poincares und Millerands, daß die militärische Räumung der Ruhr erst bei der letzten deutschen Zahlung vorgenommen werden soll, endlich gebrochen. Er ist damit einverstanden, daß die Okkupation am Tage der Verwirklichung des Dawesplanes aufhört. Außerdem erblickt er in Uebereinstimmung mit General Nollet in der Ruhrbesetzung keine militärische Sicherung. Er erklärte, daß derartige Sicherungen nur kostspielig sind und zu interalliierten Verwicklungen führen. Herriot gab auch zu, daß die Statistiken Poincares über die Ruhreinnahmen nicht mit den Tatsachen übereinstimmen. Wenn die notwendige Garantie geschaffen wäre, so könne man die militärische Räumung der Ruhr innerhalb von sechs Monaten ins Auge fassen. Auch die belgische Regierung würde auf diese Befristung eingehen, um die Verständigung mit England zu ermöglichen.

Diese Information des „Daily Telegraph" ist in keinem französischen Blatt erschienen. Sie wird aber in hiesigen informierten Kreisen als zutreffend bezeichnet. Es ist zu erwarten, daß die Nationalisten ihre Attacke auf Herriot weiter fortführen, denn die „Liberté" bezeichnet Herriot bereits als einen „Verräter".

Herriots Besuch in Brüssel

V **Paris**, 24. Juni. (Von unserm Pariser Vertreter.) Nach Brüsseler Meldungen behandelten Herriot und Theunis die Frage der Preisgabe der Priorität Belgiens gegen eine Erhöhung der belgischen Reparationsquote. Bei der belgischen Regierung herrscht in dieser Frage Entgegenkommen, doch wird die Forderung gestellt, daß die im Sachverständigenbericht festgesetzten deutschen Jahreszahlungen nicht als Maximum, sondern als Minimum erklärt werden. Theunis stützt sich hier auf die belgischen technischen Studien über die Entschädigungsfrage, die durch die Berliner Regierung anerkannt worden sind.

In seiner Unterredung mit Hymans erzielte Herriot einen starken Erfolg. Hymans ist bereit, die in Chequers getroffenen Abmachungen bezüglich der Stärkung des Völkerbundes und Lösung der Sicherungsfrage aufgrund einer in Genf entworfenen Grundlage zu prüfen und nach Kräften an der Verwirklichung mitzuarbeiten.

Die von den französischen Nationalisten beeinflußten belgischen Blätter spotten über den Völkerbund und hetzen noch stärker gegen Herriot und Hymans als die Pariser. Sie warnen vor der Falle, die Macdonald den Franzosen und Belgiern angeblich gestellt hat.

Die künftige Londoner Konferenz

V **Paris**, 24. Juni. (Von unserm Pariser Vertreter.) Der von Herriot informierte Berichterstatter des „Quotidien" meldet seinem Blatte aus Brüssel: Die für Mitte Juli einberufene interalliierte Konferenz wird in acht Tagen ihre Arbeiten vollendet haben. Hoffentlich werden die interalliierten Fachmänner guten Willens sein und auf deutscher Seite Verständnis für die Lage herrschen. Die Deutschen werden zu eifriger Mitarbeit nach London eingeladen werden und werden sogar an der Erörterung der Fragen teilnehmen, die gewisse interalliierte Angelegenheiten betreffen. Reichskanzler Marx und Dr. Stresemann werden wahrscheinlich nach London kommen.

Erklärungen Macdonalds im Unterhause

In der gestrigen Unterhaussitzung richtete Baldwin an Macdonald die Anfrage, ob Macdonald Mitteilungen über die Besprechungen von Chequers machen könne. Macdonald erwiderte, es habe nicht in der Absicht der englischen Regierung gelegen, mit irgend einem Lande Sonderabmachungen zu treffen, sondern man werde auch Theunis und Mussolini auf dem Laufenden halten.

Eine zweite Anfrage richtete Lloyd George an Macdonald, in der der Ministerpräsident ersucht wird, über die Beteiligung Amerikas und Deutschlands an der Julikonferenz sowie über die Sicherheitsfrage und die Frage der interalliierten Schulden als Verhandlungsgegenstand Mitteilungen zu machen. Macdonald erwiderte: Die Beteiligung Amerikas sei dringend erwünscht. Es bestehe die Absicht, eine Mitteilung in diesem Sinne baldigst an die amerikanische Regierung zu richten. Bevor Deutschland hinzugezogen werde, müßten sich die Alliierten unter einander verständigen; auch über die Art der Beteiligung Deutschlands müßte noch verhandelt werden. Erst nach dem Inkrafttreten des Sachverständigenplanes könnten Besprechungen über die interalliierten Schulden um die Sicherheitsfrage ins Auge gefaßt werden.

Er lehne eine Verquickung der Schulden- und Sicherheitsfrage mit der Reparationsfrage ab. Nach seiner Auffassung müsse Deutschlands Mitwirken an der Durchführung des Sachverständigenplanes durch Verhandlungen selbst herbeigeführt werden.

Der Bielefelder Kirchentag

Eine Rückschau

Der erste verfassungsmäßige Deutsche Evang. Kirchentag ist vorüber. Man hat ihm in evangelischen Kreisen mit Spannung entgegengeblickt. Wie würde diese Arbeitstagung aussehen, der ja der einzigartig festliche Glanz seines Vorgängers fehlen mußte? Würde sich der Kirchenbund der deutschen Landeskirchen, der Kirchentag als seine parlamentarische Vertretung als ein brauchbares Werkzeug erweisen zur Verwirklichung großer gemeinsamer Ziele?

Um drei in sich geschlossene Kreise von Arbeiten, von Gedanken, von Kräften möchte das rückschauende Auge das Ganze gruppieren. Sie gaben dem Bielefelder Kirchentag seine charakteristische, ganz mit der Berichterstattung betraute Vorsitzende D. Rendtorff-Leipzig individuelle Note. Sie zeigten die Einheit des Wollens als etwas Wirkliches und Wesentliches im Kirchenbund, — ohne daß sie erkauft worden wäre mit einer Preisgabe reicher Mannigfaltigkeit oder mit einem Sichhinwegtäuschen über vorhandene Gegensätze.

Die gesetzgeberische Arbeit: Zum ersten mal, seit es einen Kirchenbund gibt, Bundesgesetze, durch das Zusammenwirken der beiden gesetzgebenden Faktoren, Kirchenbundsrat und Kirchentag ins Leben treiend. Der wichtige Gesetzentwurf über den Anschluß deutscher evangelischer Kirchen, Kirchengemeinden und Geistlicher außerhalb Deutschlands an den Kirchenbund, das sog. Auslandsgesetz, wurde nach gründlichster Beratung im Schoß des 30köpfigen Auslandsausschusses, en bloc nahezu einstimmig angenommen, ein starker Erfolg seines Urhebers, des um die Auslandsdiaspora hochverdienten Vizepräsidenten des preußischen Ev. Oberkirchenrats D. Dr. Kapler, der den Entwurf in längerer Rede einführte. Wertvoll war der Hinweis, daß von Stuttgart nach Bielefeld, von der dort zum Ziel gekommenen kirchlichen Einheitsbewegung zu dieser Gesetzesvorlage ein gerader Weg führt: die Notwendigkeit, die Fürsorge für die Auslandsdiaspora zur gemeinsamen Angelegenheit der deutschen Landeskirchen zu machen, war eine Haupttriebkraft der Bestrebungen auf Zusammenschluß. Für die unaufschiebbare Dringlichkeit des Gesetzes gaben die Diaspora-Sachverständigen des Hauses, z. T. auf Grund eigenen langjährigen Auslandsaufenthalts, einleuchtende Fingerzeige. Der vom Auslandsausschuß mit der Berichterstattung betraute Vorsitzende D. Rendtorff-Leipzig wies in diesem Zusammenhang darauf hin, welch riesenhafte Formen die deutsche Auswanderung bereits anzunehmen beginnt: das Bedürfnis nach Anschluß an den Kirchenbund werde bald ganz außerordentlich wachsen. Neben den kirchlichen Gesichtspunkten, die Vizepräsident Kapler ausdrücklich als die für die Pflicht der Kirche entscheidenden bezeichnete, wurden die nationalen hoch bewertet. Ein Begrüßungsschreiben des Reichsinnenministers Dr. Jarres an den Kirchentag sprach die Hoffnung aus, dadurch das Gesetz „die Erhaltung des Deutschtums im Ausland, besonders auch in den abgetretenen Gebieten in besonders hervorragender Weise gefördert wird.

Neben dieser Gesetzesmaterie trat das andere ohne Aussprache einstimmig verabschiedete Bundesgesetz über die Angliederung der Ev. Brüderunität an den Kirchenbund an Bedeutung zurück. Er fand eine nicht weniger freudige Aufnahme. In der Einmütigkeit des gefaßten Beschlusses kam das lebendige Bewußtsein zum Ausdruck, ein wie reicher Strom von Segen in Jahrhunderten von der Brüdergemeinde auf den deutschen Protestantismus übergeströmt ist. Der als Gast des Kirchentages anwesende Bischof der Brüderkirche, Universitätsdirektor Bourquin-Herrnhut nannte den Antrag auf Angliederung, mit dem die Brüdergemeinde im Sommer 1923 an den Kirchenbund herangetreten ist, ein „Bekenntnis zu der Einheit, die das Gebot der Stunde ist".

Den unbestrittenen Höhepunkt des Bielefelder Kirchentags bildete die Aussprache über die sozialen Gegenwartsfragen am letzten Sitzungstag. D. Titius und Dr. D. Schoell hatten mit ihren Vorträgen über evangelisches Ehe- und Familienleben und über den evangelischen Berufsgedanken und das Arbeitsleben der Gegenwart den Grund gelegt. Dann arbeitete ein sozialer Ausschuß des Kirchentags in vielstündigen Beratungen die ganze Materie umfassend und gründlich durch, um dem Plenum am letzten Tag den Entwurf einer Kundgebung an das deutsche evangelische Volk vorzulegen, in der das Ringen des evangelischen Gewissens mit einer Lebens- und Sterbensfrage des deutschen Volkes seinen Niederschlag gefunden hat. (Siehe den Wortlaut im Samstag-Abendblatt.)

Der Ausschußbericht, den der Führer einer lutherischen Kirche, Landesbischof D. Ihmels-Dresden erstattete, mit seinen weiten Horizonten und dem wuchtigen Ernst der Verantwortung von dem Hause und den überfüllten Tribünen mit Händeklatschen und lautem Bravorufen entgegengenommen; das Unisono in den kurzen Zustimmungserklärungen hervorragender Vertreter aller Gruppen des Hauses, evang. Arbeiterführer (Martin-Barmen, Springer-Stuttgart, akademischer Lehrer D. Rade-Marburg, D. Dr. Holl-Berlin), einer evangelischen Frauenführerin (Frau Müller-Ottfried-Hannover), eines Großstadtpfarrers (D. Bornemann-Frankfurt) und dann die Kundgebung selbst, eine soziale Botschaft der evangelischen Kirche, in der sie zu den Fragen des Ehe- und Familienlebens, der Kindererziehung, der Jugendbewegung und vor allem zu den Kämpfen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in programmatischer Weise Stellung nimmt, — ein denkwürdiges Geschehen, das, so darf man hoffen, in der sozialen Krisis der Gegenwart seine Spuren hinterlassen wird, jedenfalls ein erneutes Zeugnis, daß das soziale Gewissen in der evangelischen Kirche lebendig schlägt.

Von hier führte ein Schritt zu dem Ort der Tagung, dem stillen Bethel, das ja, wie P. von Bodelschwingh bemerkte, nicht nur eine „Stadt der Barmherzigkeit", sondern auch der ausgleichenden sozialen Gerechtigkeit genannt zu werden verdient. Das war das Dritte, das dem Bielefelder Kirchentag die Prägung gab und zum Gemeinschaftserleben führte. Vater Bodelschwingh's ragende Gestalt, dieser „Einzige", an dessen schlichter Grabstätte der neugewählte Präsident des Kirchentags D. Freiherr von Pechmann-München namens der gesamten evangelischen Christenheit Deutschlands einen Kranz dankbaren Gedenkens niederlegte, sein Werk, das still und doch beredt, immer neue Bewunderung abnötigend, die Vertreter des evangelischen Deutschland und die fremden Gäste auf Schritt und Tritt umgab, die lebendigen Menschen, die in unbegrenzter Gastfreundschaft die oberste Vertretung der evangelischen Kirchen Deutschlands bei sich aufnahmen und an ihrer Art und Sitte, auch an ihrer religiösen Eigenart teilhaben ließen — so vereinigte ein Posaunenfest im Wald am Sonntag an die 20 000 Festgäste aus Bethel-Bielefeld und dem ganzen Ravensburger Lande mit den Mitgliedern des Kirchentags. Von hier kam der Tagung das Moment der Weihe und der seelischen Wärme zu, wie sie die Berührung mit einer tragenden, lebendigen Gemeinschaft verleiht, die s. Zt. auch bei dem Kirchentag in Stuttgart so beglückend in die Erscheinung getreten ist.

Man wird dem ersten verfassungsmäßigen Deutschen Evang. Kirchentag in Bethel-Bielefeld dereinst in der Geschichte des Deutschen Kirchenbunds einen guten Platz einräumen.

Die Ermordung Matteottis

Mussolini im Senat

Heute wird Mussolini im Senat eine große Rede halten, von der man allgemein die ersten autoritativen Aufklärungen in der Angelegenheit Matteotti erwartet. Im gestrigen Ministerrat gab Mussolini ausführliche Erklärungen ab, die einstimmig gutgeheißen wurden.

Der König wird sich in einer Botschaft an Kammer und Senat wenden. Dieser Botschaft wird angesichts der jüngsten Ereignisse große Bedeutung beigemessen.

Die ersten Folgen der Festsetzung Rossis ist die Festnahme eines anderen Zeitungsdirektors gewesen, nämlich des Herausgebers des „Nuove Paese". Nach einer Haussuchung ist der Verhaftete wieder freigelassen worden.

In Turin wurde ein Ueberfall auf das Haus des früheren Botschafters in Berlin, Frassati gemacht. Frassati ist als Herausgeber der „Stampa" von den faszistischen Parteien stark angefeindet. Vom Innenministerium wird gegen die Terroristen, die den Verkauf gegnerischer Zeitungen verhindern, scharf eingeschritten.

Protestversammlung in Paris

In der Pariser Vorstadt Pré-Saint-Gervais hielten gestern die Kommunisten die angekündigte Protestversammlung gegen die Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Matteotti ab. Einer der Teilnehmer, ein italienischer Kommunist, verschaffte sich bei dieser Gelegenheit Zugang zu dem Dache des Bürgermeisteramtes von Pré-Saint-Gervais und holte dort die Trikolore herunter. Nachher verbrannte er die Flagge auf offener Straße. Als er festgenommen werden sollte, kam es zu einem Zusammenstoß, bei dem einige von den Polizeibeamten mit den Stäben der Schutzgitter der Allee-Bäume und mit Flaschen geschlagen wurden; zwei von ihnen haben ziemlich ernste Verletzungen erlitten. Der Italiener, der die Fahne eingeholt hat und zehn andere Personen, darunter ein zweiter Italiener, wurden verhaftet; jedoch nur die beiden Italiener festgehalten.

Die Wahlen in Anhalt

Nach dem Endergebnis der Wahlen zum anhaltischen Landtag verteilen sich die Sitze wie folgt: Deutschnationale und Landbund 7 (bisher 6), Deutsche Volkspartei 6 (5), Demokraten 1 (6), Sozialdemokraten 13 (19), Kommunisten 4 (0), Deutschvölkische 2 (0), Hausbesitzer 1, Wirtschaftspartei 1. Die Stimmen der Wirtschaftspartei fallen infolge Listenverbindung der Deutschen Volkspartei zu. Gegenüber der Reichstagswahl im Mai dieses Jahres gingen die kommunistische Stimmen von 22 000 auf 16 000 zurück, die der Deutschnationalen von 36 000 auf 21 000. Auch die Demokraten haben 4000 Stimmen verloren. Sozialdemokraten und D. V. P. haben sich gehalten. Angesichts der nur 55 Prozent Wahlbeteiligung haben alle Parteien Stimmverluste gehabt. Wie sich die neue Regierung zusammensetzen wird, ist noch nicht zu übersehen. Die bisherige war aus Sozialdemokraten und Demokraten gebildet.

MARCHIVUM

Gegen die deutschen Rüstungs-Märchen

Eine Erklärung des Reichskanzlers

Der Berliner Vertreter des Reuterbureaus befragte den Reichskanzler Marx über die Stellungnahme der deutschen Regierung zu den in den letzten Tagen in einem Teil der französischen und auch der englischen Presse sich häufenden Alarmnachrichten über angebliche deutsche Rüstungen und Revancheabsichten. Der Reichskanzler erklärte ihm etwa folgendes:

Derartige Nachrichten sind tatsächlich gerade in diesen Tagen in der französischen Presse erschienen und von einem gewissen Teil der englischen Presse übernommen worden. Allen diesen Tendenzmeldungen entgegenzutreten, ist nicht möglich, aber wie sie entstehen, ist immerhin interessant. Das will ich Ihnen an einem Beispiel erläutern. Das „Journal" brachte vor einigen Tagen die Nachricht, die französische Regierung habe der englischen Regierung amtliche Berichte französischer Stellen zur Kenntnis gebracht, nach denen ein bewaffneter Ueberfall auf die Besatzungstruppen des Ruhrgebiets geplant sei. Diese Nachricht, der von amtlicher deutscher Seite sofort entgegengetreten worden ist, ist eine von denen, die in der ausländischen Presse das größte Aufsehen erregten. Auf das deutsche Dementi hin ist nun vom „Daily Telegraph" festgestellt worden, daß es sich bei dem vom „Journal" erwähnten angeblichen Bericht um die Arbeit eines übereifrigen Agenten gehandelt hat, der die Ruhmrederei chauvinistischer Phantasten für bare Münze genommen hat. Der „Daily Telegraph" fügt tröstend hinzu, glücklicherweise habe weder die französische noch die englische Regierung diesem Alarmbericht Glauben geschenkt.

Aber niemand bürgt uns dafür, daß nicht andere Alarmberichte Glauben finden. Ich denke dabei insbesondere an die Meldung gewisser französischer Zeitungen, in denen die üblichen Angaben über geheime deutsche Rüstungen mit sehr genau klingenden Zahlen belegt werden. Diese Zahlen sind, wie mir zufällig gerade heute gesagt wird, aus einem in einer englischen Fachzeitung veröffentlichten Aufsatz über den Stand der bewaffneten deutschen Macht herausgegriffen. Dieser aus der Feder eines offenbar ganz sachlich eingestellten englischen Offiziers stammende Aufsatz kommt aber zu dem Ergebnis, daß sich die deutschen Zustände auf dem Gebiete des Rüstungswesens in gewissen Einzelheiten mit dem Vertrag von Versailles zwar noch nicht überall decken, daß jedoch im großen und ganzen

die deutsche Entwaffnung völlig durchgeführt

und Deutschland außerstande ist, auch nur einen Defensivkrieg mit Aussicht auf Erfolg zu führen. Die in der französischen Presse erschienenen Bruchstücke sind indessen so ausgewählt, daß sie den gegenteiligen Eindruck erwecken.

Ernster als derartige Tendenznachrichten, von denen die deutsche Regierung im allgemeinen keine Notiz nimmt, sind aber natürlich Erklärungen der Art, wie sie der „Morning Post" zufolge kürzlich von dem jetzigen französischen Kriegsminister General Nollet abgegeben worden sein sollen. Ich kann mir eigentlich kaum denken, daß der Interviewer der „Morning Post" den General Nollet richtig verstanden hat. General Nollet hat fast fünf Jahre lang in Deutschland geweilt. Er kann unmöglich den Eindruck haben, daß der deutsche Rüstungsstand eine Gefahr für die Sicherheit Frankreichs bedeutet. Er muß wissen, daß die taktischen Ideen militärischer Ausbildungsvorschriften auf die politischen und strategischen Pläne des betreffenden Landes keine Rückschlüsse zulassen, er muß sich darüber im Klaren sein, daß eine Truppe, die überhaupt militärischen Wert haben soll, auch über Angriffsgeist verfügen muß, selbst wenn sie, wie die deutsche Reichswehr, nur defensive Aufgaben hat. Ich will im übrigen auf die angeblichen Aeußerungen des Generals Nollet nicht allzu ausführlich eingehen, insbesondere nicht auf die Behauptungen über den angeblich militärischen Charakter der Schutzpolizei, über die angeblich militärische Ausbildung der Turn- und Sportvereine und über die Gefahr, welche die deutsche Industrie mit Bezug auf die Herstellung von Kriegsmaterial heute angeblich noch darstellen soll. Daß in einem großen Staate mit starken innerpolitischen Gegensätzen neben einem Heere von nur 100 000 Mann für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung sowie für die Erledigung administrativer Polizeiaufgaben ein Verwaltungskörper von insgesamt 150 000 Köpfen erforderlich ist wird jedem Unbefangenen einleuchten. Eine Gefahr für Frankreich bedeutet dies schon deshalb nicht, weil die Angehörigen dieses Verwaltungskörpers für militärische Zwecke garnicht abkömmlich sind und weil die

Polizei mit der Reichswehr nicht die leiseste organische Verbindung

hat. Der körperlichen Ausbildung der Jugend in Turn- und Sportvereinen kommt heute nach Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht gewiß eine erhöhte Bedeutung zu, aber lediglich unter dem Gesichtspunkt der Volksgesundheit; und die deutsche Industrie ist nun heute wirklich restlos auf die Friedensproduktion umgestellt. Das müssen General Nollets Offiziere selbst am besten wissen.

Ich hoffe aufrichtig, daß General Nollet Gelegenheit nehmen wird, die Mißverständnisse, die fast aus jeder Zeile des Interviews in der „Morning Post" sprechen, richtigzustellen. Gerade auf seine Haltung und seine Aeußerungen wird es wesentlich ankommen, wenn wir die deutsche Oeffentlichkeit davon überzeugen wollen, daß die Ziele und Methoden der heutigen französischen Regierung andere sind als die der vorigen. Diese Ueberzeugung in weite Kreise des deutschen Volkes zu tragen, ist unser ehrliches Bestreben. Dies ist eine Vorbedingung der Verständigung, und die Politik der Verständigung ist es, die wir und mit uns der weitaus größte Teil des deutschen Volkes mit absoluter Aufrichtigkeit verfolgen.

Eine dringende Note der Entente an Deutschland

Der Sonderberichterstatter der Havasagentur, der den Ministerpräsidenten Herriot auf seiner Reise begleitet, glaubt in der Lage zu sein, mitzuteilen, daß außer den durch das Communiqué von Chequers bekannt gegebenen Beschlüssen Ramsay Macdonald und Herriot eine wichtige Entscheidung getroffen haben, die Deutschland unverzüglich den Beweis liefere, daß eine Gemeinsamkeit der Ansichten zwischen der englischen und der französischen Regierung besteht. Die Ministerpräsidenten hätten den Wortlaut einer Kollektivnote festgelegt, die unverzüglich an die deutsche Regierung abgehen werde. Die Note lenke in feierlicher Weise die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf das Interesse, das sie jetzt habe, materielle Beweise ihres guten Willens zu geben, wenn sie wünsche, daß normale Beziehungen zwischen Deutschland und den verbündeten Mächten wieder hergestellt werden sollen. Insbesondere müsse die deutsche Regierung vor dem 30. Juni auf die Entwaffnungsnote der Botschafterkonferenz antworten. Die von den beiden Ministerpräsidenten vorgeschlagene Note werde in dringender Weise die Notwendigkeit unterstreichen, die Deutschland habe, unverzüglich in der vitalen Frage der Entwaffnung die erforderlichen Beruhigungen zu geben.

Was Nollet will

§ London, 23. Juni. (Von unserm Londoner Vertreter.) Der Pariser politische Beobachter des „Daily Telegraph" schreibt: Sämtliche französischen Generäle sind darin einig, daß von Deutschland in der heutigen Generation kein Angriff mehr zu erwarten ist. Sie halten aber einen Widerstand Deutschlands gegen die Ausführungen des Dawesplanes für möglich. General Nollet möchte die Lage dadurch bessern, daß er die Autorität des Völkerbundes verstärkt und, wie er sagt, der „Genfer Minerva eine Lanze und einen Helm verschaffen". Solange dies aber nicht geschehen ist, könne die Einschränkung der französischen Rüstungen nicht stattfinden. In dem Bericht heißt es weiter, Nollet habe festgestellt, daß niemals seit den Zeiten Caillaux die Idee einer deutsch-französischen Annäherung so stark zum Ausdruck gekommen ist, wie es gegenwärtig der Fall ist.

Die parlamentarische Lage

Wiedertagung des Reichstags

⊡ Berlin, 24. Juni. (Von uns. Berl. Büro.) Heute tritt der Reichstag auf eine Woche zusammen. Er wird in seiner ersten Sitzung neben einer Reihe kleinerer Vorlagen über die Amnestieanträge der Kommunisten, der Sozialdemokratie und der Nationalisten zu entscheiden haben. Die zweite Aufgabe, die es dann zu lösen gibt, ist die Verschärfung der Geschäftsordnung, die durch das Verhalten der Kommunisten sich als notwendig zur Wahrung einer ordnungsgemäßen Abwicklung der Beratungen erwiesen hat. Es liegt dann noch der von Graf Westarp gestellte Antrag des Auswärtigen Ausschusses vor, eine Aenderung des § 28 der Geschäftsordnung in Erwägung zu ziehen, da die von den Kommunisten über die Vertraulichkeit abgegebene Erklärung nicht als ausreichend erachtet wird. Wie sich nach der Pause die parlamentarische Lage gestalten wird, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Am 16. Juli findet nach den Dispositionen, die in Chequers getroffen worden sind, die Londoner Konferenz zwischen den Alliierten, und zwar, wie wohl mit Sicherheit anzunehmen ist, unter Hinzuziehung deutscher Vertreter statt. Wie weit sich dieser Termin mit dem Stand der Beratungen über die Ausführungsgesetze vereinbaren läßt, bleibt zunächst noch eine offene Frage. Von verschiedenen Seiten wird behauptet, die Londoner Konferenz könne erst dann beginnen, wenn im deutschen Parlament die Entscheidung über dieses Gesetz gefallen sei. Es haben sich, wie wir bereits mitteilten, in dem Organisationsausschuß für die Industrieobligationen auch eine ganze Reihe von Schwierigkeiten ergeben. Das gleiche soll nach einer neuerlichen Version mit dem Ausschuß, der die Eisenbahnfragen behandelt, der Fall sein. Im Reichstag selbst wird es über diese Entwürfe keine ausgedehnten Beratungen geben, wie man etwa hier und da anzunehmen scheint. Der Reichstag hat lediglich über Annahme oder Ablehnung zu befinden.

Eisenbahnfragen

Dem Reichstag wird in diesen Tagen der Gesetzentwurf über die Regelung der Personalverhältnisse bei der Gesellschaft deutscher Eisenbahnen zugehen. Die Rechts- und Personalverhältnisse werden darnach, wie der Sozialdemokratische Parlamentsdienst erfährt, durch Gesetz und durch die von der Gesellschaft zu erlassenden Personalverordnungen geregelt werden. Die Eisenbahnbeamten sind, wenn nicht ausdrücklich unter Vorbehalt von Widerruf und Kündigung auf Lebenszeit angestellt. Die Gesellschaft ist verpflichtet, 15 Prozent des alljährlich anzustellenden Gesamtnachwuchses aus den Kreisen der Organisationsberechtigten zu entnehmen. Der Reichsfinanzminister hat sich bei den neuen Vorschriften über die Dienstbezüge ein Einspruchsrecht vorbehalten. Bei Streitfällen ist ein Schiedsgericht unter dem Präsidenten des Reichsgerichts vorgesehen. Es ist nicht anzunehmen, daß der Gesetzentwurf in den Beratungen des Reichstags wesentliche Veränderungen erfahren wird.

Vertreter Bayerns hatten bekanntlich in Berlin die Forderung erhoben, daß bei der zukünftigen Gestaltung der Reichsbahn Bayern eine besondere Eisenbahngesellschaft bilden dürfe. Diese bayerischen Wünsche können wohl jetzt als erledigt gelten. Der bayerische Vertreter hat, wie die „Voss. Ztg." hört, nicht mit dem Organisationskomitee als Ganzes verhandelt, sondern lediglich mit dem deutschen Mitglied, dem Staatssekretär Vogt, der ihm die ablehnende Antwort des Reichsverkehrsministeriums übermittelt hat.

Höfschs Besuch in Berlin

⊡ Berlin, 24. Juni. (Von uns. Berliner Büro.) Nach der gestrigen Kabinettssitzung, die im wesentlichen der Erledigung laufender Arbeiten gewidmet war, fand noch in später Abendstunde eine Ministerbesprechung statt, in der der deutsche Botschafter in Paris, Herr v. Hösch, der dem Außenminister bekanntlich über seine Eindrücke Bericht erstattet hatte, mit dem gesamten Kabinett über die gegenwärtige Lage und die Rückwirkung der Konferenz von Chequers sprach. Herr v. Hösch wird voraussichtlich bereits heute auf seinen Posten zurückkehren.

Badische Politik

Die sozialen Nöte

Angesichts der schlimmen Lage im Tabakgewerbe haben die Gauleitungen des freien Tabakarbeiter-Verbandes in Heidelberg und Offenburg an die badische Regierung folgenden Antrag unterbreitet: „Die oberste Landesbehörde möge umgehend anordnen, daß in allen badischen Gemeinden eine Fürsorge für Kurzarbeiter eingeführt wird gemäß § 1 Abs. 2 der Verordnung für Erwerbslosenfürsorge vom 16. 2. 24."

Durch Entscheidung des Tarifamtes waren die Spitzenlöhne im württemberg-badischen Sägereigewerbe zuletzt auf 55, 50, 45 und 40 Pfennig in den vier Ortsklassen festgesetzt worden. Inzwischen haben die Gewerkschaften eine neue Lohnforderung von 70 Pfennig je Stunde in der Spitze eingebracht. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern sind aber gescheitert, da diese angesichts der trostlosen Lage der Holzwirtschaft sich gänzlich ablehnend verhielten, es auch nicht anders konnten, und da auch bezüglich der Neufassung des Tarifabkommens überhaupt eine Einigung nicht zustande gebracht werden konnte, ist man vorläufig sozusagen auf dem toten Punkt angekommen. Es herrscht also vertragslose Zeit.

England und Südafrika

Mit musterhafter Zurückhaltung behandelt die englische Presse und die englische Oeffentlichkeit den Ausgang der Wahlen für das südafrikanische Parlament. Dort hat General Smuts, der bisherige Ministerpräsident und Vertreter Südafrikas bei den verschiedensten Gelegenheiten, auch im Völkerbund, eine schwere Niederlage erlitten, und das Regiment wird nunmehr an General Herzog übergehen. Wenn es sich nur um einen Parteiwechsel in der Parlamentsmehrheit handelte, dann würde der Wahlausgang für die übrige Welt keine sonderliche Bedeutung besitzen; aber gerade die große Vorsicht und Zurückhaltung aller politischen Kreise in England lassen deutlich erkennen, daß man dort wohl versteht, was sich vorbereitet.

Seit dem Burenkrieg ist eine stille Bewegung in der ehemaligen Kapkolonie und den angrenzenden Ländern, die jetzt als Südafrika vereinigt sind, im Gange gewesen, das zunächst zurückgedrängte altholländische oder Burenelement auf neuer Grundlage zu kräftigen und zu sammeln für einen neuen Entscheidungskampf mit England auf anderer Grundlage. General Smuts hat sich um die Entwicklung Südafrikas unzweifelhaft große Verdienste erworben, und namentlich bei der Pariser sogenannten Friedenskonferenz ist er ehrlich bestrebt gewesen, den berüchtigten 14 Punkten Wilsons zum Siege zu verhelfen, ehrlicher als Wilson selbst. Aber trotzdem haben ihm die Buren die Tatsache nicht vergessen, daß er Südafrika bei Ausbruch des Weltkrieges auf die englische Seite geführt und eine glänzende Gelegenheit zur Lostrennung von England versäumt hat. Ihn und seine Ratgeber leitete dabei der Wunsch, zunächst unsere mächtig aufstrebende Kolonie Deutschsüdwestafrika mit Hilfe Englands zu annektieren. Das ist ihm allerdings gelungen. Von jeher aber war sein größter Gegner General Herzog, der Führer der Afrikander oder richtigen Holländer, deren politisches Ziel die völlige Selbständigkeit Südafrikas ist. Auch er hat aus der Vergangenheit gelernt und weiß zu warten. Vorläufig ist er mit seiner Partei noch auf die Unterstützung der Arbeiterpartei angewiesen. Deshalb hat er auf eine bestimmte Frage ebenso bestimmt erklärt, er sehe Bestrebungen zur Lostrennung von England als unpraktische Politik an, solange sie nicht vom ganzen Volk gefordert werde. Daß diese Forderung in nicht zu ferner Zeit vom ganzen südafrikanischen Volk erhoben werde, ist das Ziel des Generals Herzog und seiner Partei. Der Ausgang der jüngsten Wahlen ist ein bedeutsamer Schritt in dieser Richtung.

Herr Henning klagt schon wieder

⊡ Berlin, 24. Juni. (Von unserem Berliner Büro). Der völkische Reichstagsabg. Major a. D. Henning hatte vor einem Berliner Schöffengericht wiederum eine Beleidigungsklage gegen einen Gesinnungsgenossen, einen Hauptmann a. D. auszufechten. Es war Herr Henning u. a. vorgeworfen worden, er hätte eine Stellung bei der roten Armee gesucht und wäre erst nachdem ihm das nicht gelungen sei, zu den Deutschnationalen gegangen. Er ist weiter als Mitbeteiligter am Rathenaumord hingestellt worden. Wie vor kurzem in einem anderen Beleidigungsprozeß, so erschien Henning auch diesmal wieder mit einem Hakenkreuz an der Brust. Der Vorsitzende beanstandete das Abzeichen mit dem Hinweis, daß es im Gerichtssaal keine Politik gebe. Der Streitfall selbst kam nicht zur Verhandlung, da der Beklagte nicht erschienen war.

Aus der Deutschen Volkspartei

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei tritt, wie die „Zeit" mitteilt, am 6. Juli in Frankfurt a. M. zu einer Sitzung zusammen. In erster Linie gilt die Tagung der Konstituierung des neu gewählten Zentralvorstandes und der Vornahme der Wahlen der übrigen Parteiinstanzen. Dazu tritt eine Aussprache über die politische Lage.

In einer Delegiertenversammlung der Deutschen Volkspartei für den Wahlkreis Frankfurt a. d. O. erschien am Samstag der Abg. v. Kemnitz, um seine Haltung in der Frage der Regierungsbildung und seinen Uebertritt zur Deutschnationalen Volkspartei zu rechtfertigen. Die Versammlung sprach der Reichstagsfraktion und dem Minister Stresemann einstimmig ihr Vertrauen aus und forderte Herrn v. Kemnitz auf, sein Mandat niederzulegen.

Die in Wiesbaden versammelten Vertreter des besetzten nassauischen Gebiets der Deutschen Volkspartei erklären nach Entgegennahme von Berichten zur gegenwärtigen Lage einstimmig ihr Einverständnis mit der von dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann geführten Politik, sie billigen insbesondere die Stellung zu den Sachverständigen-Gutachten und fordern die Fortsetzung der bisherigen Politik in der Erkenntnis, daß nur durch sie die Einheit des Reichs, das höchste Gut des deutschen Volkes, bewahrt werden kann.

* * *

Eine Versammlung der Nationalliberalen Vereinigung Berlin-Brandenburg, an der auch einige Gesinnungsgenossen aus dem Reiche teilnahmen, hat die Gründung einer nationalliberalen Reichspartei beschlossen. Den Vorsitz führte Abg. Marezky.

Eine Neuverordnung über Zeitungsverbote

Der Reichspräsident hat nach Anhören aller Landesregierungen auf Vorschlag der Reichsregierung die Verordnung vom 28. Februar über das Verbot von Zeitungen und anderen Druckschriften, die Artikel gegen die verfassungsmäßige Staatsform enthalten, dahin ergänzt, daß in Zukunft ein Einschreiten gegen periodische Druckschriften auch dann möglich ist, wenn durch ihren Inhalt zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder gegen die von den Behörden innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen oder zu Gewalttätigkeiten gegen politisch oder wirtschaftlich anders Denkende aufgefordert oder angereizt wird. Ferner ist durch die neue Verordnung bestimmt, daß das Verbot jeder periodischen Druckschrift, auch jede angeblich neue Druckschrift umfaßt, die sich als die alte darstellt, ebenso die im gleichen Verlage wie die verbotene Druckschrift erscheinenden Blätter. Verboten und unter Strafe gestellt ist ferner auch die Zustellung eines Ersatzblattes an die Bezieher der verbotenen Druckschriften.

In einer halbamtlichen Erklärung wird hierzu bemerkt, daß die Vorgänge der letzten Monate die Unvollständigkeit der bisherigen Vorschrift bewiesen haben. Anreizungen zu Gewalttätigkeiten gegen politisch oder wirtschaftlich anders Denkende vergiften immer mehr die politische Atmosphäre. Zeitungsverbote wurden durch die Zustellung anderer Blätter illusorisch gemacht. Um diesen Mißstand zu beseitigen, wurde oben mitgeteilte Verordnung erlassen.

Letzte Meldungen

Ein „rotes Fiasko" in Düsseldorf

Der „Rote Tag" in Düsseldorf, der am Sonntag von den Kommunisten im Rheinlande und in Düsseldorf einberufen worden war, verlief ohne Zwischenfälle. Die kommunistischen Führer und ihre Hintermänner erlebten eine schwere Enttäuschung. Trotz langer lärmreicher Werbung waren kaum 2000 Teilnehmer einschließlich der Düsseldorfer Kommunisten aus den beiden Provinzen erschienen. Die Mehrzahl der Versammelten war augenscheinlich kommunistische Jugend, die sich überall bemerkbar machte. Von sechs Rednertribünen, die auf den Versammlungsplätzen am Rheinufer aufgebaut waren, konnten vor der Kundgebung drei als überflüssig abgebrochen werden.

* * *

Am Sonntag wurde in Ingolstadt in einem Gasthaus eine kommunistische Versammlung von Polizei und Landespolizei ausgehoben. Ein Teil der Versammlungsteilnehmer konnte entkommen. Unter den Verhafteten befinden sich auch der Landtagsabgeordnete Gränsfelder und ein bekannter Kommunistenführer aus Ingolstadt. Alle Festgenommenen wurden dem Gericht übergeben.

Die Wahlreform

Im Verfassungsausschuß des preußischen Landtags wurde die Weiterberatung der Wahlreform vertagt, da die preußische Regierung erklärte, daß die Reichsregierung im Herbst eine Vorlage über das Reichswahlrecht mache und daß Preußen sich diesem Vorgehen im Reiche anschließen werde.

München, 24. Juni. Im Schongau ist ein verheerendes Unwetter niedergegangen, das stellenweise die Orte Schongau und Steingaden zum Teil unter Wasser setzte. Auch auf dem Peißenberg ging ein schweres Unwetter nieder, dem ein 50jähriger Einwohner von Peißenberg bei dem Versuch, die eingedrungenen Wassermassen aus seinem Keller zu beseitigen, durch Ertrinken zum Opfer fiel.

* **Argentinien und der Völkerbund.** Nach einer Havasmeldung aus Buenos Aires schlug der Präsident de Alvear in einer im Kongreß verlesenen Erklärung vor, den Anschluß Argentiniens an den Völkerbund zu sanktionieren.

MARCHIVUM

Beratung des städtischen Voranschlags für 1924

am Montag, 23. Juni 1924

Beendigung der General-Debatte — Das pessimistische Schlußwort des Oberbürgermeisters

Der Bürgerausschuß hat gestern nach Abschluß der General-Debatte die ersten vier Einzelkapitel erledigt. Der Oberbürgermeister hatte die Absicht, um halb 8 Uhr die Sitzung zu vertagen. In der richtigen Erkenntnis, daß man mit dem darauffolgenden Kapitel „Erträgnisse der städtischen Werke, Beiträge von Anstalten, Zuschüsse an Werke und Anstalten" unmöglich in 10 Minuten fertig werden könnte, beantragte Stv. Moses Abbruch der Verhandlungen. Das Kollegium, das in seiner überwiegenden Mehrheit der Meinung war, daß es genug des grausamen Spiels sei, vertagte sich auf heute nachmittag 4 Uhr.

Bei einem Ueberblick über den Verlauf der gestrigen Sitzung ist anzuerkennen, daß das Niveau sich wesentlich über dasjenige des ersten Tages erhob. Die Ausführungen der Vertreter der fünf Fraktionen, die sich in der fortgesetzten Generaldebatte noch zum Wort meldeten, entsprachen wesentlich besser dem Charakter dieser allgemeinen Aussprache, die allerdings in ihrer Wirkung auf die stärker besetzte Galerie abgeschwächt wurde, weil selbst der Oberbürgermeister, der das Schlußwort hatte, zu leise sprach. Man sollte, wenn man Wert auf eine ausführliche und genaue Veröffentlichung der Ausführungen legt, lauter und deutlicher sprechen. Für die Berichterstatter war es gestern außergewöhnlich schwierig, den Verhandlungen zu folgen. Man scheint im Parterre manchmal zu vergessen, daß die Akustik des Saales miserabel ist. Stv. Moses, der den Standpunkt der Deutschen Volkspartei vertrat, hat zweifellos die beste Rede gehalten, da sie in Anlage und Inhalt genau den Ansprüchen Rechnung trug, die man an eine Generaldebatte stellen muß. Im Sitzungsbericht sind die Ausführungen im Wortlaut nachzulesen. Man wird uns beipflichten, daß Herr Moses in sehr wirkungsvoller Weise die Stellungnahme zum Voranschlag im Allgemeinen präzisierte. Als er damit schloß, daß er ankündigte, seine Fraktion werde die Endabstimmung von dem Schicksal der eingebrachten Anträge abhängig machen, ging eine lebhafte Bewegung durch das Haus.

An zweiter Stelle rangiert die Rede des demokratischen Stadtv. Dr. Jeselsohn, der mit seinem kräftigen Organ überall im Saale genau zu verstehen war. Er ist an sich ein sehr guter Rhethoriker. Und da er auch inhaltlich viel treffendes zu sagen wußte, blieb die Wirkung nicht aus. Ein scharfer Hieb, den er gegen den Stadtrat v. Au wegen dessen Stellungnahme zum Gebäudesondersteuergesetz im Landtagsausschuß richtete, gab Veranlassung zu einem nicht minder wuchtigen Gegenstoß. Herr v. Au nahm später zu einer ausführlichen Gegenerklärung das Wort. Er bemerkte u. a., er vertrete in seiner Einstellung zu dem Gesetz, die in so besonderem Maße die Entrüstung der Demokraten und der Linken erregte, lediglich die Interessen des Mittelstandes. Der Staat plane wieder eine einseitige Belastung der Hausbesitzer. Er habe deshalb von vornherein diese Steuer bekämpfen müssen. Staat und Gemeinde sollten ihren Bedarf aus allgemeinen Steuermitteln decken. Deswegen habe er auch im Landtag einen entsprechenden Antrag eingebracht, der von der Mehrheit abgelehnt wurde. Es gebe noch Besitz gerade genug, der steuerlich schärfer erfaßt werden könne. Warum müsse es ausgerechnet wieder der Hausbesitz sein. Er habe übrigens einen weiteren Antrag eingebracht, demzufolge die Eigenwohnungen in den Städten und die Gebäude zu gewerblichen Zwecken von der Sondersteuer befreit sein sollen. Ueber diesen Antrag ist noch nicht abgestimmt worden. Bei der großen Redegewandtheit, über die Herr v. Au verfügt, war es durchaus möglich, dem nicht minder zungenfertigen Dr. Jeselsohn die Stange zu halten. Soviel ist sicher, daß er die Gelegenheit, sich gegen die scharfen Angriffe im Landtagsausschuß und in der Presse zu verteidigen, sehr geschickt beim Schopfe gefaßt hat. Der Oberbürgermeister sprang ihm übrigens noch hilfreich bei, als er betonte, daß der Landtagsabgeordnete und Stadtrat v. Au zwei ganz verschiedene Persönlichkeiten seien. Ein Landtagsabgeordneter habe lediglich die Interessen seiner Wähler zu vertreten.

Es entspricht der Wesensart des Oberbürgermeisters, daß durch die Darlegungen, mit denen er in Erwiderung auf die Ausführungen der verschiedenen Fraktionsredner die Generaldebatte abschloß, ein sehr pessimistischer Ton klang. Wenn wir auch die Geradheit und Ehrlichkeit anerkennen, die Dr. Kutzer dazu drängten, nichts zu beschönigen, so müssen wir andererseits sagen, daß ein wenig mehr Optimismus durchaus am Platze gewesen wäre. Was der Oberbürgermeister über die stiefmütterliche Behandlung sagte, die Mannheim immer noch zuteil wird, wenn es sich um die Zuteilung der Steuererträgnisse handelt, ist durchaus zu unterschreiben. Dagegen können wir in keiner Weise mit der Stellungnahme des Oberbürgermeisters in der Frage der Errichtung von Ausstellungshallen einverstanden sein. Die Bürgerschaft wird nicht wenig erstaunt sein, wenn sie hört, daß die Stadtverwaltung lediglich das Gelände zur Verfügung stellen könne. Irgend eine Finanzierung komme nicht in Frage. Hat sich der Oberbürgermeister auch genau überlegt, welche Wirkung eine derartige Einstellung haben muß? Wenn das Oberhaupt der Industrie- und Handelsstadt Mannheim den Wagemut, der ihm selbst von der Linken empfohlen wurde, in dieser Weise definiert, dann muß von allen Projekten Abstand genommen werden, bei denen auch ein wenig Risiko in die Wagschale zu werfen ist. Wenn Dr. Kutzer die Initiative den Interessenten zuschiebt, so muß darauf erwidert werden, daß hier der Stadtverwaltung Gelegenheit gegeben ist, der Industrie tatkräftig unter die Arme zu greifen. Soviel für diesmal. Es wird darauf noch zurückzukommen sein.

In der Spezialberatung machte der Oberbürgermeister die angenehme Mitteilung, daß der im Vorjahre erzielte Ueberschuß jedenfalls 2,5 Millionen Goldmark betragen wird. 1½ Millionen sind bereits zur Gewährung von Krediten für den Wohnungsbau bereitgestellt. Der Rest wird für weitere außerordentliche Maßnahmen verwendet. Wir rechnen zu diesen Maßnahmen auch die Schaffung eines Ausstellungsparks. Und da der Stadtrat nicht mit dem Oberbürgermeister identisch ist, so haben wir immer noch die stille Hoffnung, daß aus diesem Ueberschuß, zu dem die Allgemeinheit, hauptsächlich aber auch die Industrie beigetragen hat, ein wenig für die Finanzierung der ersten Maßnahmen zur Verwirklichung dieses Projektes abfällt.

Sch.

Zweiter Tag

Um 4 Uhr 20 eröffnet Oberbürgermeister **Dr. Kutzer** die Weiterberatung der am Freitag unterbrochenen Haushaltsberatungen.

Stadtv. **Dr. Moekel** (Ztr.) erhält als erster Redner das Wort. Er ist der Ansicht, daß die Stadtverwaltung mit größter Vorsicht vorgehen müsse. Die Frage des Personalabbaues müsse mit viel Takt durchgeführt werden. Die Zentrumsfraktion wolle nach wie vor der Stadtverwaltung ihre ganze Kraft zur Verfügung stellen. Von einer Enkommunalisierung der städtischen Werke müsse endgültig abgesehen werden. Die Werke dürften allerdings nicht das Mittel indirekter Steuern werden. Die Unterschiede in den Preisen für Gas und Strom müßten so gehalten werden, daß auch die Industrie bestehen könnte. Die Verkehrsmöglichkeiten in Mannheim müßten erweitert werden. Das Theater solle Stätte einer reinen Kunst bleiben. Die Ausführungen über die Straßenbahn waren unverständlich. Die Zentrumsfraktion stellte zur Straßenbahnfrage folgenden Antrag: „Wir beantragen: Der Straßenbahntarif ist dahin abzuändern, daß für 1 bis 3 Teilstrecken Einzelfahrscheine zu 0,15 Mk. und Fahrscheinhefte mit 12 Fahrscheinen zu 1,50 Mk. ausgegeben werden." Unter Hinweis auf die sittlichen und geistigen Kräfte des deutschen Volkes ist der Redner der Ansicht, daß der Aufschwung wieder möglich sei. Der Bürgerausschuß werde daran mitarbeiten, daß der Gemeinsinn nicht verloren gehe.

Stadtv. Moses (Deutsche Volkspartei)

führt aus:

Meine Damen und Herren!

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1924, der in einem 240 Seiten starken Heft niedergelegt ist, weht demjenigen, der diesen Band durchblättert, keine klare Luft entgegen. Es ist noch nicht ein Voranschlag, der in der Freiheit der Selbstverwaltung die Zahn sieht zur Entfaltung der besonderen Eigenart Mannheims, sondern es ist noch immer ein Voranschlag der Dotationen und der diese begleitenden Beschränkungen der Finanzwirtschaft. Wir hoffen und wünschen, daß die politische Entwicklung der nächsten Zeit es dem Reiche gestatten möge, den Städten durch die

Wiederherstellung der finanziellen Autonomie

die freie Luft zurückzugeben, in der die Probleme der Nachkriegszeit geklärt werden können, in der auch unsere Stadt sich wieder strecken, dehnen und vorwärts entwickeln kann. Immerhin zeigen der Voranschlag und die daran geknüpften schriftlichen Mitteilungen des Herrn Oberbürgermeisters, daß die der Stadt Mannheim seit jeher innewohnende Kraft bemerkenswerte Ansätze macht, in altgewohnter Energie die gemeindlichen Aufgaben bestmöglichst zu erfüllen, auch mit den Lasten mancherlei Art, die im letzten Jahre neu in den kommunalpolitischen Betätigungskreis hereingetreten sind. So bietet dieser Voranschlag, trotzdem seine zahlenmäßige Gestaltung eine mangelhafte ist, dennoch ein ungefähres Bild der finanziellen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lage unserer Stadt.

Die finanzielle Lage.

Inbezug auf die Betrachtung und Bewertung des Voranschlages wäre es sehr zu begrüßen, wenn eine Uebung wieder Platz greifen würde, die sich früher sehr bewährt hat, nämlich die, dem Voranschlag den auszugsweise wiedergegebenen Rechnungs- und Wirtschaftsabschluß des Vorjahres voraus zu senden. Wenn das in früherer Weise wieder geschehen könnte, so wird dadurch vermieden, daß der ziffernmäßige Voranschlag gleichsam haltlos in der Luft schwebt. Die Vergleichungszahlen älterer Voranschläge geben an sich keinen Anhalt für die Wertbemessung, da auch sie in ihrer Tragweite unbewährt sind. Da jetzt wieder mit stabiler Währung gerechnet werden kann, die die rechnerische Arbeit erleichtert, wird es leicht möglich sein, vom nächstjährigen Voranschlage ab die früher bewährte Praxis wieder einzuführen, zumal die Voranschläge jetzt nicht frühzeitiger zur Beratung stehen als vordem. Bei dem diesjährigen Voranschlag hätte es sehr interessiert, zu erfahren, ob die Stadtkasse mit einem Defizit oder einem Ueberschuß die Schwelle des Rechnungsjahres überschritten hat, und ob sie nach der Inflationszeit über wenige oder reichere Betriebsmittel verfügt?

Das Erfahren solcher notwendigen Voraussetzungen erspart das unsichere Forschen nach Rückschlüssen und erleichtert das Zutrauen zur Gesamtlage des Voranschlages auch in den Positionen, die aus irgendwelchen nicht benannten Gründen entweder auf der Ausgaben- oder auf der Einnahmeseite zu hoch oder zu niedrig eingesetzt zu sein scheinen. Durch dieses Nichterfahrenkönnen bleibt es dem minder oder mehr Eingeweihten oder Zuversichtlichen freigestellt, die im Voranschlag enthaltenen stillen Reserven höher oder niedriger zu schätzen. Es wäre sehr zu wünschen, in Zukunft den Voranschlag vom gefühlsmäßigen Suchenmüssen frei zu halten und ihm, so weit es die vorhandenen Unterlagen gestatten, auf den Boden rechnungsmäßigen Erkennens zu stellen. Das wird sowohl die Aufstellung, wie die Beratung, wesentlich erleichtern und wird außerdem den großen Vorteil haben, daß die Finanzwirtschaft der Stadtgemeinde unbefangen und rein wirtschaftlich betrachtet werden kann.

In allgemeiner Hinsicht läßt der Voranschlag der Erwartung Raum, daß er überaus vorsichtig aufgestellt ist und sehr Vieles Rechnung trägt, daß etwa vorauszusehen aber in Ziffern noch nicht zu erfassen war. Beispielsweise erregen kann das starke Anschwellen der Personalausgaben. Hier wäre zu wünschen gewesen, daß der bestehende Ausschuß zur Nachprüfung des Stellenverzeichnisses aus seinem Dornröschenschlaf erweckt worden wäre. Leider scheint der Herr Oberbürgermeister in dieser Beziehung der Auffassung zu huldigen, daß er nicht in Dornen zu arbeiten braucht, sondern — um beim Bilde zu bleiben — eher Anlaß hat, die Dornen und Hecken so hoch und dicht wachsen zu lassen, daß sie diesen Ausschuß und die Frauen, die er zu erledigen hat, zum Pläuschen rühr mich nicht an verwandeln.

Die wirtschaftliche Lage des städtischen Haushaltes

bietet nach dem Voranschlage ein besseres Bild dar, als die Wirtschaftslage in der Stadtgemeinde sich zur Zeit gestaltet hat. Da ist es Aufgabe der Stadtverwaltung, nicht nur in sozialer Fürsorge zu wirken, sondern den gesamten Fragenkomplex der Notzeit zu erfassen. Mannheim ist keine Provinzstadt schlechthin, sondern infolge auf Handel, Industrie und Gewerbe die Hauptstadt eines Gebietes, das über die geographischen Grenzen des Landes Baden hinausreicht. Diese Stellung unserer Stadt darf nicht verloren gehen, sondern muß auch da, wo sie durch politische Verhältnisse geschwächt wurde, mit Aufbietung aller irgendwie erträglichen Mittel wieder gestärkt werden. Wir freuen uns, daß die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit der Handelskammer auf dem Gebiete der Eisenbahnfrachttarife einen Erfolg buchen konnte. Wir nehmen an, daß auch die Bemühungen zum Ziele führen werden, die dahin streben, Mannheims Einaliederung ins Zollsystem des Deutschen Reiches richtig zu stellen. Wenn dieses unbedingte Bedürfnis bis zu dem Tage erfüllt wäre, an dem die jetzt durch Mannheims Mitte führende Zollarenze fällt, die an sich auch nach dem Versailler Vertrag unberechtigt und ungerecht ist, so wäre Vieles erreicht.

Ich hasse die Leute, die nichts bewundern, denn ich habe mein Leben damit hingebracht, alles zu bewundern. Goethe.

* * *

Johannis

Von **Gustav Herbach** (Unterschwarzach)

Saftrote Rosen und wilder Mohn, blühende Hecken, wogendes Kornfeld lauwarme Nächte und Glühwürmchenleuchten sind die getreuen Begleiter des Johannistages. Noch wenige Tagen erfreuen sich unsere Augen an den blumenreichen Wiesengründen der Berghänge und Talauen, dann naht der Schnitter und legt Maden an Maden und die Wiesen sterben in Schönheit . . . .

Die Natur steht auf dem Glanzpunkt. Mit übervollen Händen liegt die Schönheit ausgebreitet.

Und doch liegt schon ein weher Zug um die Zeit, dort an der Halde verfärbt sich schon die Wintergerste . . . ein leises Rüsten zum Abschied des Sommers beginnt . . . die Tage werden kürzer . . . unmerklich am Anfang, es gilt zu scheiden von der zunehmenden Schönheit . . . Der Herbst als Vorbote des Winters hält seinen Einzug . . .

Unsere Vorfahren, die alten Germanen, deren Religion voll Innerlichkeit war und deren Glaube ein Verstehen der Naturerscheinungen, hatten an diesem Tage ein bedeutsam Fest. Die Sommersonnenwende. Mitten in festloser Zeit ein Totenfest! Es galt den Tod des Lichtgottes Baldur zu feiern, den der Mistelzweig des blinden Hödur niederwarf.

Flammen lodern auf. Höhenfeuer blinken weithin. Die scheidende Sonne wird noch einmal gefeiert, ehe sie in des Nebelungs düsteren Tagen versinkt . . .

Als dann die Christianisierung durch die deutschen Gaue ihre Siege feierte und der tiefe germanische Götterglaube überwunden werden sollte, begann die Kirche den früheren heidnischen Festen christliche Gewänder umzuhängen. Die Sommersonnenwende der Germanen ward zum Johannisfest, von dem Täufer Johannes abgeleitet, der ein halbes Jahr älter war, als der Heiland, und von dem die Bibel erzählt, daß er abnehmen müsse, während der Heiland wachse und zunehme . . .

Doch im Volke blieb der alte Glaube durch der Gezeiten Getriebe und heute noch finden wir viel alten Volksglauben in Brauch und Sitte unseres Volkes.

Der Johannistag ist im Volke als Glücks- sowohl als Unglückstag bekannt. Ebenso die Johannisnacht.

Besonders in den Gegenden, die das Scheibenschlagen nicht kennen, finden wir die Johannisfeuern, zu dem die Jugend das Holz zusammenbettelt in den einzelnen Häusern, auf einem erhöhten Platze wird dann bei Einbruch der Dunkelheit das Feuer angezündet, um das die Burschen und Mädchen tanzen und in jenen Gauen, in denen der Hanfbau noch in Blüte steht die Burschen mit ihren Mädchen drüber hüpfen, derjenige, der am höchsten drüberspringt, der ist der Held des Abends und dessen Werg-Hanf gedeiht am besten.

Auch hier erkennt man deutlich wieder den Zusammenhang zwischen dem Brauch und der Natur. Die Sonne, die so notwendig ist für den Hanfbau, wird verherrlicht.

Wer durch das Johannisfeuer springt, der ist geschützt in diesem Jahre gegen Rückenschmerzen, ist unverwundbar und hat Glück auf den Reisen, die er tut.

Das Feuer hat auch heilkräftige Wirkung, man hält in der Schweiz kränkliche Kinder in den Rauch des Johannisfeuers, damit die Krankheit weiche. Man treibt das Vieh durch das Feuer, daß es gesund bleibe.

Gegen Feuersgefahr und Not im Hause schützen Scheite, die im Johannisfeuer gelegen haben, auf die Felder gebracht, verursachen sie stärkeres Wachstum, während die Asche dem Schweinefutter beigemengt die Tiere vor Krankheit bewahrt.

Welches sind die tiefen Gründe für die Feuer, die allenthalben aufzischten in der milden Juninacht? Weit zurück führt der Weg bis hin zu heidnischen Reinigungsbräuchen, die Schutz gewähren sollten gegen Mißernte und Seuche. Wir finden diese Sitte zum Teil noch in den alten Mitteln, die im Mittelalter gegen die Pest angewendet wurden.

Daraus können wir entnehmen, daß das Feuer ein Reinigungsfeuer bedeutet, aus der germanischen Mythologie sind uns auch solche Feuerglauben bekannt: die Götterdämmerung erzählt ja uns, wie durch das Feuer das Alte zerstört wird und neues Leben erwacht.

Neben dem Feuer ist es das Wasser, das in der Johanniszeit voll Kraft ist. Man badet in der Nacht zum Johannistag in den Bächen, um sich gesund zu erhalten und schön. Einen dichterischen Niederschlag findet sich in Burtes Wiltfeber, der Geschichte eines Heimatsuchers.

Blumen spielen am Johannistag neben Kräutern eine große Rolle. Man hat Kräuter mit dem Namen des Heiligen belegt. Kräuter, die am Johannistage gepflückt werden, behüten den Träger vor Krankheit und Gefahr und sein Haus vor Feuer- und Wassernot. Gegen die Hexen sind Kränze aus Johanniskräutern sehr wertvoll, und in manchen Gegenden Mitteldeutschlands finden sich noch Bräuche, die wir zu Pfingsten in Baden beobachtet haben, so schmückt man im Fichtelgebirge Brunnen und Quellen, daß das Wasser nicht ausgehe, in anderen Gegenden die Häuser mit Gräsern und Blumen.

Neben diesen Sagen beobachten wir aber noch einen anderen, in der Zeit reifen die Johannisbeeren, die einen guten Wein geben, von ihm geht die Kunde, daß er vor dem „Bösen" schütze und aus der Müllheimer Gegend sind uns zwei derartige Sagen auch aufgezeichnet.

Doch der Johannistag und die Nacht haben ihre Gefahren. Man darf z. B. an einzelnen Orten im Neckartal in der „Kannacht" nicht baden, weil der Neckar an diesem Tag ein Opfer fordert und es am 8. Tage mit einem blauen Streifen am Halse freigibt, nicht auf einen Baum oder eine Bergkuppe steigen, denn an diesem Tage fällt sich jemand zu Tode.

Gar mannigfalt sind die Bräuche und die Anschauungen der Johannisnacht, doch liegt viel Poesie darin . . . die laue Abendluft, die Glühwürmchen fliegen . . . durch die Gassen singen Burschen und Mädchen Volkslieder von Liebe und Treue, während der rosenfreundliche Nachbar durch seinen Haag schreitet, mit jugendfrischen Augen trotz seiner weißen Haare, die seines Lebens Herbst verraten. Tiefer Naturfinn und Liebe zur Heimat liegt in den Herzen unseres Volkes verborgen . . .

Der blaue Vogel

Nun ist der „Blaue Vogel", der schon durch die ganze Welt geflattert ist, auch bei uns eingekehrt. Man hat ihn herzlich willkommen geheißen und es hätte wirklich nichts geschadet, wenn zum ersten Abend ein paar Hundert Leute mehr erschienen wären, als da waren.

Was ist der blaue Vogel? Nun: ein russisch-deutsches Theater — so steht auf seinem Programm zu lesen. Diese Bezeichnung indes, verzeihen Sie Herr Juthan, sagt nichts, sagt mehr, sagt weniger, als was ist. Der blaue Vogel ist ein romantisches Kabarett mit nationalen Eigentümlichkeiten — oder eine nationale Eigentümlichkeit mit kabarettistischer Romantik — oder eine kabarettistische Eigentümlichkeit mit nationaler Romantik — oder: nun, bitte, Herr Juthan, erklären Sie. Auf deutsch, auf russisch, auf espagnol; nun auf deutsch kann man auch sagen: Kabarettvarieté oder Varietékabarett. Jedenfalls etwas Buntes, Vielfarbiges, Schillerndes; etwas Unterhaltendes, etwas Lustiges. In seiner Lustigkeit vielleicht am russischsten: laut, kindlich, von einer, man möchte sagen, zutraulichen Unbekümmertheit, ganz unliterarisch und ganz unerotisch. Russisch auch in dem Einschlag sentimentaler Schwermütigkeit, die von sozialen Untertönen durchklungen ist, wie in der Szene „Burlaki", in der die Schwermut der russischen Ebene und die Dumpfheit des zum Arbeitstier erniedrigten Menschen erschütternden Ausdruck gewinnt. Auch im „Bolerkasten" ist irgendwo so etwas von Klage und Anklage, die das Groteske plötzlich verscheucht und uns fröstelig macht. Hier die vielleicht bedeutendste darstellerische Leistung des Abends: Fräulein Valeri als jugendliche Straßensängerin. Von dem schauspielerischen Vermögen der Künstler zeugte auch die Szene „Der Mond", mit seinem

MARCHIVUM

Dann muß aber auch in wirtschaftlicher Hinsicht seitens der Stadtverwaltung Vieles geschehen, um die Industrie nicht abzustoßen, sondern um sie hier zu halten und weitere Zweige hierherzuziehen. Der größte Teil der Mannheimer Einwohnerschaft ist direkt und indirekt auf industrielle Beschäftigung angewiesen. Das gewerbliche Leben und der Handel müßten sehr leiden, wenn nicht bei Aenderung unserer politischen Situation und Besserung unserer geldlichen Verhältnisse ein erneuter Aufschwung Mannheims — wenn auch langsam — einsetzen würde. Wir haben durch einige Anträge versucht, hier wegweisend zu wirken und einen Ausgleich jetzt bestehender Gegensätze einzuleiten. Allerdings nur auf zwei Gebieten. Dieser grundlegenden Neueinstellung, von der Mannheims Schicksal abhängen wird, würden jedoch unserer Ansicht nach andere Maßnahmen automatisch folgen. Im Grunde genommen sind fast alle städtischen Einnahmen direkte oder indirekte Steuern. Da muß — um einen Ausspruch des Bürgermeisters Bucerius anzuwenden — „gefragt werden, welcher Teil der in Gemeindewirtschaft vorhandenen Verbrauchsgüter zur Verfügung stehen, oder wie groß die Gütermenge ist, auf welche die Einzelwirtschaften verzichten können und gewunsten der Steuern verzichten wollen." Hier darf sich die Stadtverwaltung nicht beschlußmäßig festgelegt fühlen, sondern sie muß bereit sein, andere Beschlüsse herbeizuführen, wenn der Zeit Gunst oder Ungunst und der Verhältnisse Wechsel es erfordern. Eine kräftige Wirtschaft ist auch die beste und einzige Grundlage gesunder sozialer Verhältnisse.

Die sozialen Zustände unserer Stadt

sind erheblich belastet durch den Wohnungs- und Arbeitsmangel. Der Wohnungsnot kann erst energisch abgeholfen werden, wenn billigeres Geld zur Verfügung steht. Sollte dieser Fall im Laufe des Rechnungsjahres eintreten, so hoffen wir, daß die Stadtverwaltung sich sehr bemühen wird, — wenn es nicht anders geht, unter Selbstgarantie — umfangreiche Darlehen für Wohnungsbauten nach Mannheim zu leiten. Man kann unserer Generation nicht zumuten, alle Schäden auszumerzen, die Krieg und Inflation verursacht haben. Darum erscheint es richtiger, der Wohnungsnot mit langfristigen Darlehen zu begegnen als mit zwangsläufigen Einkünften, die doch nur behelfsmäßig wirken können. Es gereicht wohl allen Mannheimern zur Freude, daß die Stadtverwaltung bemüht ist, die Krankenanstalten vorbildlich zu leiten. Der Zuschuß von fast einer Million oder beinahe 7 Pfennige Umlage ist aber auch reichlich hoch. Rechnet man hierzu die Aufwendungen der Fürsorge, die allein für die Benutzung der Krankenanstalten ausgewiesen sind, so steigt der Zuschuß auf fast 10 Pfennige Umlage, was auch für diesen menschlichen Zweck sehr viel ist. Noch höher sind die Aufwendungen der allgemeinen Fürsorge, an deren Abbau wohl erst in Zeiten prosperierender Wirtschaft zu denken sein wird. Vielleicht darf im Laufe der Zeit der vorbeugenden Fürsorge, die nicht nur in Darreichung, sondern auch in Erziehung besteht, mancher Erfolg beschieden sein. Vielleicht werden auch weise Maßnahmen zur Hebung der wirtschaftlichen Entwicklung Mannheims der sozialen Tätigkeit und der sozialen Fürsorge größere Ersparnisse an Geldmitteln erbringen, als diese selbst erfordern.

Kultur, Unterricht und Bildung

sind die Leidtragenden der Herrschaft des Versailler Vertrages, der dazu zwingt, mit Vielem zurückzuhalten, um die Gesundung der öffentlichen Wirtschaft zu erhalten. Dennoch nehmen die Aufwendungen für das Schulwesen vom Kindergarten bis zur Handelshochschule, für Theater, Rosengarten, öffentliche Sammlungen und Büchereien, für das Herschelbad und zur Förderung der Leibesübungen einen weiten Raum im Voranschlag ein. Wir sind erfreut, daß es möglich war, das Schulwesen ohne zwangsweisen Einkauf zu erhalten. Vom Theater wird in einiger Zeit zu reden sein. Einer gegen die Vorkriegszeit hervorragend entwickelten Kultur muß sich das Mannheimer Rathaus erfreuen. In den Räumen natürlich, die nicht von den städtischen Kollegien benutzt werden. Denn während wir vor dem Kriege verhältnismäßig wenige Beamte in der dreizehnten Gehaltsgruppe hatten, haben wir jetzt deren 17. Wir haben ein reiches Verständnis für die Betätigung akademischer Berufe, aber wir müssen doch die Frage aufwerfen, ob für Mannheim wirklich ein solches Bedürfnis vorliegt?

Es ist nicht allein der finanzielle Aufwand, der uns diese Erscheinung anrüchig läßt, sondern auch die Folgeerscheinung dieser Vielheit innerhalb eines nicht übermäßig großen Verwaltungsapparates. Je mehr leitende Beamte und Referenten wir haben, um so größer ist die Gefahr, daß die Verwaltung in Abteilungsrechte zerlegt wird, daß die Gesichtspunkte weniger umfangreich und kleinlich werden. Wir aber wünschen unserer Stadtverwaltung den großen weiten Blick in allen Dingen, der notwendig ist, um die Gesamtinteressen unseres Gemeinwesens im Auge zu behalten. Denn das ist uns bei vielem Nebensächlichen die Hauptsache. Sollten wir im Laufe der Zeit erkennen, daß unsere Mahnung fruchtbaren Boden gefunden hat, daß sich trotz der Vielheit eine Einheit praktischen Schaffens und Wirkens gestaltet, die mit den Bedürfnissen der Gesamteinwohnerschaft verwächst und fühlt, so werden wir die Anerkennung nicht versagen. Sollte das nicht geschehen, so müßten wir uns entschließen, von Wünschen zu Anträgen zu schreiten.

Ob wir dem Voranschlag zustimmen werden oder nicht, das hängt davon ab, welche der eingebrachten Anträge in ihm aufgenommen werden. Unsere Stellungnahme wird auch weiterhin den einen heißen Wunsch als Grund und Ziel haben, daß Mannheim weiter und aufs neue wissentlich und willentlich unter rechtem Volleinsatz aller verfügbaren Kräfte einer hoffnungsvollen Zukunft entgegenstrebe. (Lebhafter Beifall.)

Stv. Dr. **Jeselsohn** (Dem.) ist der Ansicht, daß der Voranschlag genau wie bisher recht umfangreich herausgegeben werden müsse, damit die Uebersichtlichkeit nicht leide. In der Art der Steuerverteilung sei Mannheim weit zurück. Es müßte soviel Ertrag aus den Steuern nach Mannheim herein wie hinauskommen. Im Landtag müßte das Interesse der Städte besser vertreten werden, damit diese nicht ins Hintertreffen geraten. Der Redner ging dann auf Steuerfragen ein. Der Redner fürchtet, daß das Erträgnis der Steuer nicht das erwartete sein werde. Er sei in dieser Hinsicht sehr pessimistisch. Dr. Jeselsohn geht dann auf verschiedene Ausführungen des Stv. Dreifuß (Soz.) ein. Der Personalabbau müsse vorsichtig vorgenommen werden, es dürfe nicht schematisch abgebaut werden. Die Demokraten hätten einen Wunsch, die Vorlagen, die von Technikern ausgearbeitet sind, nicht von Juristen unterzeichnen zu lassen, da es sich doch meistens um schwierige Spezialfragen handle, in die sich auch ein Jurist nicht einarbeiten könne. Ein Kulturabbau dürfe nicht eintreten. Die Stadt habe hier klug gehandelt. Es müsse aber auch hier sparsam vorgegangen werden. Mannheim müsse die besten Lehrer bekommen, damit das bisherige hohe Niveau unserer Volksschule eingehalten werden könne. Es sei erfreulich, daß die Handelshochschule sich so günstig entwickle. Hoffentlich halte der Finanzminister sein Versprechen, der Handelshochschule Staatsmittel zur Verfügung zu stellen. Die Förderung der Jugendpflege sei erfreulich. Die Heimatkunde in den Schulen müsse durch Besuch der Museen erweitert werden. Der Abbau der Verkehrssteuer würde den Fremdenverkehr in Mannheim sicher fördern. Ein Ausbau der Armenpflege, wie er vorgesehen sei, müsse durchgeführt werden. Auch die Quäkerspeisung habe die Jugendfürsorge unterstützt. Das allzu bürokratische Rechnungsprüfungswesen müsse geändert werden, da der Handwerker sein Geld sofort brauche und nicht lange warten könne. Die Riedbahnbrücke müsse einen Fußgängersteg erhalten. Auch die Personenbahnhofsfrage bedürfe einer schleunigen Behandlung. Zum Schlusse wünscht der Redner, daß im Bürgerausschuß das persönliche Parteiinteresse ausgeschaltet und gemeinschaftlich am Wiederaufbau der Stadt gearbeitet werde.

Stv. **Müller** (Wirtsch. Vgg.) glaubt, daß die Betitelung der Beamten hohe Ausgaben verursacht habe. Man dürfe in Zukunft keine Höhereinstufung mehr vornehmen. Bezügl. der Wohnungsfrage erklärte der Redner, daß das beschlossene Altersheim unbedingt gebaut werden müsse. Einen Ausbau der Kulturaufgaben könne man nicht vermeigern. Auch dieser Redner ist sehr schlecht verständlich, besonders bei der Behandlung der Steuerfragen. Die eingegangenen Anträge werde seine Fraktion fast durchweg ablehnen. Mit der Gesamtaufstellung des Etats sei man einverstanden.

Str. v. **Au** (Wirtsch. Vgg.) nimmt zu den Ausführungen des Stv. Dr. Jeselsohn Stellung, der ihn wegen seiner Stellungnahme zu der Mietsondersteuer im Landtag angegriffen hatte. Oberbürgerm. Dr. Kutzer spricht dem Redner die Berechtigung zum Sprechen ab. v. Au besteht jedoch darauf, diese gegen ihn gerichteten Angriffe zurückweisen zu müssen. Die hier angeschnittenen Steuerfragen berühren hauptsächlich die Besitzer von Gebäulichkeiten. Die Steuern müsse man nicht vom Hausbesitzer nehmen, da dieser nach den heutigen Verhältnissen keine Rente beziehe. Die Fraktionen der Demokraten und der Linken, die den Mittelstand ausgezogen, hätten kein Recht zu ihren Anträgen. Die Ausführungen des Redners riefen besonders Widerspruch beim Stv. Dr. Wolfhard (Dem.) hervor. Die Sondersteuer sei ein Unrecht am Mittelstand. Der Antrag, der nach Ablehnung der Aufhebung der Sondersteuer im Landtag eingebracht wurde, bezog sich auf die Freilassung der landwirtschaftlichen Gebäude. Die Interessen der Städte seien hierdurch nicht geschädigt. Er habe den Antrag eingebracht, die städtischen Eigenwohnungen und die Gebäude, die gewerblichen Zwecken dienen, von der Steuer zu befreien.

Oberbürgermeister **Dr. Kutzer** weist darauf hin, daß man den Haushaltplan berate, und daß Stadtrat v. Au schließlich nicht als Stadtrat von Mannheim im Landtag, sondern als Vertreter einer bestimmten Partei in den Landtag entsandt worden sei.

Stv. **Horst** (Kommt.) glaubt, daß die Lasten hauptsächlich von den Besitzlosen getragen werden müßten. Auch die Sozialrentner hätten nicht das Nötige erhalten. Die Arbeitslosen würden über die Tätigkeit des Stadtrats Bötger anders sprechen als Stv. Dreifuß dies im Bürgerausschuß getan habe. Der Redner geht dann auf den Abbau ein, den man nicht oben, sondern unten angefangen habe. Das Altersheim müsse unbedingt in Angriff genommen werden. Auch die Errichtung eines Jugendheimes müsse ins Auge gefaßt werden. In der Wohnungsfürsorge sei sehr wenig getan worden. Die Wohnungsverteilung sei ebenfalls ungerecht. Wer Geld habe, bekomme eine Wohnung, wer keines habe, habe das Nachsehen.

Stv. Dr. **Jeselsohn** (Dem.) geht auf die Erwiderung des Stadtr. v. Au ein, der eine einseitige Bevorzugung der landwirtschaftlichen Besitzes anstrebe, obwohl er Vertreter des Hausbesitzes sei. Den kleinen Sparern, Mündeln usw. müsse etwas gegeben werden.

Stv. **Müller** (Wirtsch. Vgg.) legt nochmals seinen Standpunkt dar und verteidigt den abwesenden Stadtrat v. Au.

Oberbürgermeister **Dr. Kutzer** geht auf die Ausführungen der Vorredner ein. Der Stadt müßten vor allem die erforderlichen Einnahmen geschaffen werden. Die Beamten hätten unermüdlich mitgearbeitet. Ohne sie wäre diese Arbeit unmöglich gewesen. Nur durch Gemeinsinn könne etwas erreicht werden. (Durch leises Sprechen ist der größte Teil der Ausführungen des Oberbürgermeisters auf der Galerie unverständlich.) Der Redner geht auf die Selbstverwaltung der Gemeinden näher ein, der man einen größeren Spielraum einräumen müsse. Es sei bezweifelt worden, ob auf dem Rathause nicht zu viele Abteilungen vorhanden seien. Im wesentlichen sei die Einheitlichkeit der Verwaltung der Stadt Mannheim gewahrt. Die Techniker würden immer gehört. Wenn der Techniker unmittelbar zum Vortrag käme, würde seine Stellung nach außenhin gehoben werden. Die Stadt könne nur Hindernisse wegräumen, die Stellung schaffe sich die Industrie selbst. Nur wenn Einigkeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herrsche, könne die Industrie blühen. Durch die Abschnürung und durch die unglückliche Zollgrenze herrsche heute große Not. Der Wagemut, der von der Verwaltung gefordert werde, müsse auch von dem Einzelnen verlangt werden. Es seien auch auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge viele Aufgaben zu erfüllen. Eine Hauptaufgabe müsse es sein, Gelegenheit zur Ansiedelung zu geben. Aus dem Ueberschuß von 1923 solle eine entsprechende Summe für diesen Zweck flüssig gemacht werden. Für Ausstellungshallen könne die Stadtverwaltung lediglich das Gelände zur Verfügung stellen. Heute trete man schon an die Stadt heran, die Unterlagen für die Gründung einer Gesellschaft zu schaffen. Es wäre vielleicht auch praktisch, wenn die Mannheimer Industrie ihre Erzeugnisse zu einer Sonderausstellung zusammenstelle. Mannheim dürfe sich nicht überlasten bis zu einer Höhe, die sich nicht übersehen lasse. Dies alles bedinge eine zumartende Stellung. Das Vermögen lasse sich nicht einfach mobilisieren. Es gebe auch gewerbliche Betriebe mit kleinem Vermögen und großem Vertrieb, die man zur Steuer nicht voll erfassen könne. Auch bei der Regierung müßte man der Eigenart der Stadt Mannheim als Handels- und Industriestadt Rechnung tragen. Mannheim hatte die größte Umlage. Die Verteilung sei jedoch die schlechteste gewesen. Damit schließt die Generaldebatte.

Kurz vor 7 Uhr wird in die

Spezialberatung

eingetreten. Oberbürgermeister **Dr. Kutzer** stellt fest, daß der Ueberschuß aus dem Jahre 1923 auf 2½ Millionen geschätzt wird. Er soll zu außerordentlichen Maßnahmen verwendet werden. Bei Titel III „Ertrag und Kosten der Gemeindegrundstücke usw." begründet Stv. Frau **Weickert** (D. Volksp.) den Antrag ihrer Fraktion, die städtischen Güter Dörnishof und Bronnackerhof ohne Rücksicht auf die laufende Pachtzeit bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit abzustoßen. Die Stadtverwaltung habe sich um die Milchversorgung durch die Pachtung der beiden Güter zweifellos ein großes Verdienst erworben. Heute seien die Güter überflüssig, da die Milchzentrale täglich einen derartigen Ueberschuß an Milch habe, daß sie Butter herstellen müsse. Die beiden Güter sollten deshalb so schnell als möglich abgestoßen werden. Bürgermeister Dr. **Walli** führt demgegenüber aus, daß der Stadtrat schon vor einiger Zeit beschlossen habe, das Pachtverhältnis der beiden Höfe zu lösen. Stv. **Sons** (Deutschnatl.) präzisiert den Standpunkt der Feudenheimer Allmendberechtigten zur Ablösungsfrage. Der Neckarkanal soll jetzt oberhalb der Feudenheimer Fähre in den Neckar münden. Das landwirtschaftliche Gelände, das in die ursprünglich geplante Kanalrichtung fiel, ist unnötig weggenommen worden. Man sollte es wieder herrichten und den Nutznießern überlassen. Von den Allmendberechtigten werde es als unbillig empfunden, daß für 1923 nur ¼ der zugestandenen Rente ausbezahlt werden. Redner wirft die Frage auf, wer Eigentümer des weggenommenen Geländes ist. Seine Fraktion werde dem Antrage der Fraktion der Deutschen Volkspartei bezüglich der Abstoßung der beiden Pachtgüter zustimmen. Oberverwaltungsrat Dr. **Loch** schildert den Stand der Verhandlungen mit der Neckarbauverwaltung, die nicht zum Abschluß gelangt sind. Nach den Darlegungen des Redners ist das nicht mehr zum Kanalbau benötigte Allmendgelände noch Eigentum der Stadt.

Bei Titel IV „Ertrag und Kosten der Gemeindegebäude" meint Stv. **Moses** (D. Vp.), es sei noch seiner Meinung vorteilhafter für die Stadt, die städtischen Miethäuser der städtischen Verwaltung zu entziehen, weil mit diesen Häusern gewisse Erfahrungen gemacht seien, die er nicht weiter schildern wolle. Man sollte die Häuser entweder verpachten oder verkaufen. Oberbürgermeister **Dr. Kutzer** meint, es sei erwägenswert, den gesamten städtischen Wohnhäuserbesitz zu verpachten. Gegenwärtig werde man schwerlich Käufer finden. Der Stadtrat werde sich aber erneut mit der Frage beschäftigen.

Auf Vorschlag des Stv. **Moses** werden um 7.20 Uhr die Beratungen auf den heutigen Nachmittag vertagt, da Titel V „Erträgnisse der städtischen Werke, Beiträge von Anstalten etc." eine ausgedehnte Debatte hervorrufen dürfte.

Die seit über 15 Jahren (gegr. 1907) für Automobilzubehör, Bereifung und Bereifungsreparaturen bekannte Firma 4954

Josef B. Rösslein

hat der Zeit Rechnung tragend sich in ihren eigenen Räumen in C 1, Nr. 13 eine Abteilung: **Motorfahrzeuge mit Spezial-Reparaturwerkstätte** für Motorräder angegliedert. Mit der Vertretung der Heckmotorräder hat sich die Firma den Vertrieb eines modernen rassigen und wie die große Liste der Siege beweist auch wirklich zuverlässigen Motorrades gesichert. Wir verweisen diesbezügl. auf das Inserat in heutiger Nr. ds. Bl. und machen noch besonders auf die neuen nicht unbedeut. ermäßigten Preise aufmerksam.

Tambour". Die Prägnanz des mimischen Ausdrucks ist ganz erstaunlich. Auch szenisch ist hier alles prachtvoll bewältigt. In Helene Bekeffi stellte sich eine rassige Tänzerin von vollkommenster Schulung vor. Federleicht wird sie vom Rhythmus der stachelnden Musik und vom Rhythmus des eigenen Blutes gewirbelt.

Die grotesken Szenen entfesseln den ganzen Spieltrieb dieser Russen: ihre Heiterkeit steckt an, weil sie nicht gemacht, nicht aufgesetzt ist, sondern aus ihnen herausspudelt. Sie befriedigt aber zugleich ästhetisch, weil sie künstlerisch gebändigt und geformt ist. Mögen sie wie automatische Wachsfiguren den amerikanischen Roman „Time is money" aufführen oder die „American Bar" die „Kosaken" oder den „Wanderzirkus": es ist immer Natürlichkeit auch in der wildesten Groteske, Anmut und Liebenswürdigkeit in ihrer Darstellung. Liebenswürdig und voll Charme ist auch der Leiter und Ansager Juschny, der in gerodebrechtem Deutsch (das er indes sehr gut zu sprechen scheint!) die nicht ganz leichte Aufgabe hat, von einer Darbietung zur anderen überzuleiten und die Fühlung mit den Zuschauern herzustellen. Es gelingt ihm fast mühelos. Die kleine Kapelle, unter der sich eine vortreffliche Geigerin Pauline Schuster befindet, unterstützt ihn unter ihrem Leiter Gogotzky mit Eleganz und Verve.

Der Abend ist unterhaltend und lustig, aber er ist mehr als das: er zeigt, wie ein künstlerisches Kabarett gemacht werden kann, das sich in gleicher Weise von dem sogenannten literarischen Kabarett, in dem sich die Nichtliteraten meist langweilen, wie von dem ein wenig anrüchigen Dielenkabarett fern hält. Es wächst auf nationalem Boden auf. Und es erweitert die bei uns immer sehr pedantisch eng gezogenen Grenzen nach der einen Seite bis zum Varieté hin, nach der anderen bis zur ernsten Bühne. Und noch etwas: es ist nicht der Tummelplatz des oder der Einzelnen und seiner Eitelkeiten und seines Unvermögens. Alle können etwas und alle wollen eines: eine künstlerische Aufgabe lösen. Das ist mit eine Ursache des großen Erfolges des „Blauen Vogels", dem man auch hier viele Besucher wünscht. hs.

Vom Pfalzorchester

Das Symphonieorchester für die Pfalz und das Saargebiet, dessen Weiterbestehen während der Inflationszeit auf das schwerste gefährdet war, ist nunmehr durch Neuorganisation der geschäftlichen Form auf eine sichere finanziellen Grundlage gestellt worden, so daß diese für das Geistes- und Musikleben der Pfalz wichtige vor 5 Jahren durch den Philharmon. Verein für die Pfalz und das Saargebiet ins Leben gerufene Kultureinrichtung auch für die Zukunft der pfälzischen Bevölkerung gesichert sein dürfte. Schon vor etwa 2 Jahren war zur Erleichterung der Finanzierung des Unternehmens eine G. m. b. H. mit 20 000 Papiermark Gesellschaftskapital gegründet worden, in der der bayerische Staat mit der Hälfte des Kapitals und der Kreis Pfalz und der Philharmonische Orchesterverein mit je einem Viertel als Gesellschafter vertreten waren. Da jetzt der Staat wegen der durch die Reparationszahlungen hervorgerufenen Finanznot und wegen der Alliierten Finanzkontrolle als Gesellschafter aus der G. m. b. H. ausscheiden mußte, ist der Philharmonische Orchesterverein, der in allen größeren Städten der Pfalz Ortsgruppen besitzt, finanziell auf sich selbst gestellt und muß die nötigen Geldmittel durch die Einnahme aus den Konzertreisen des Orchesters, den Mitgliederbeiträgen und freiwilligen Zuschüssen von pfälzischen Gemeinden und Gönnern aufbringen. Durch das Ausscheiden des bayerischen Staates als Gesellschafter mußte die G. m. b. H. in der Weise umgewandelt werden, daß an die Stelle des Staates die pfälzischen Städte, in denen das Orchester Konzerte gibt, als Gesellschafter in die G. m. b. H. eintraten, die nunmehr aus den pfälzischen Städten, dem Kreis Pfalz und dem Philharmonischen Orchesterverein besteht. Dieser bleibt auch weiterhin der kulturelle Träger des Orchesters und ist mit drei Sitzen in dem aus 11 Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat vertreten, während die G. m. b. H. die Finanzierung übernimmt. Durch die Neuorganisation wird auch den Orchestermitgliedern, die im Aufsichtsrat der G. m. b. H. mit einem Sitz vertreten sind, die schon seit langem gewünschte wirtschaftliche Sicherung gegeben und die Altersversicherung durch Beitritt der G. m. b. H. zum pfälzischen Versorgungsverband endgültig geregelt und sichergestellt. Dadurch wird dem jetzt häufigen Wechsel der Orchestermitglieder Einhalt geboten, und so wird sich die Neuorganisation auch befruchtend auf die künstlerischen Leistungen des Orchesters auswirken. Ferner hofft man, den Bestand des Orchesters, der früher 60 Mitglieder betrug, der aber wegen der finanziellen Notlage auf 44 vermindert werden mußte, wieder um 4 erhöhen zu können und damit den dringendsten Anforderungen des Orchesters in künstlerischer Beziehung durch stärkere Besetzung der Streichinstrumente gerecht werden zu können. Das trotz der widrigen wirtschaftlichen und durch die Besetzung der Pfalz hervorgerufenen allgemeinen Verhältnisse auf großer künstlerischer Höhe stehende Orchester hat unter der bewährten Leitung seines Dirigenten, des Generaldirektors Boehe, in der Zeit vom ersten Januar bis 30. April 24 in 15 Orten der Pfalz, des Saargebietes und Rhein-Hessens sowie in Heidelberg 68 Konzerte gegeben, die eine Einnahme von 55 300 Goldmark erbrachten. Der Voranschlag für 1924—25 schließt mit 174 275,16 Goldmark ab. Er wurde ebenso wie die Neuorganisation in der gestern Nachmittag abgehaltenen Mitgliederversammlung des Philharmonischen Orchester-Vereins einstimmig genehmigt, die auch den alten Vorstand unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Weiß-Ludwigshafen bis zur nächsten im Herbst stattfindenden Generalversammlung einstimmig bestätigte und nur an Stelle des aus der Pfalz ausgewiesenen ersten Schriftführers, Buchhändler Lang-Landau, den bisherigen 2. Schriftführer Architekt Dietrich-Neustadt a. H. zum ersten Schriftführer und Kunsthändler Kirsch-Ludwigshafen zum zweiten Schriftführer gewählt. Dr. E.

Kunst und Wissenschaft

⊙ **Walter Nernst**, der am 25. Juni seinen 60. Geburtstag feiert, gehört zu den Begründern der modernen physikalischen Chemie. Die Entdeckung der „Nernst-Lampe" hat seinen Namen in weite Kreise getragen, aber seine große Bedeutung liegt weniger in dieser populären Erfindung als vielmehr in seinen großen wissenschaftlichen Leistungen, durch die er einen maßgebenden Einfluß auf die Chemiker aller Kulturländer gewonnen hat. Die physikalische Chemie ist noch nicht 40 Jahre alt; der geniale Holländer van't Hoff war ihr Vater. Wilhelm Ostwald organisierte dann Forschung und Unterricht und schuf in seinem Leipziger Institut den Mittelpunkt dieser jungen Disziplin, von dem auch Nernst ausgegangen ist. Er wurde Ostwalds Assistent und stellte sich mit 25 Jahren durch seine Arbeit „Die elektromotorische Wirksamkeit der Jonen" sofort in die erste Reihe der physikalischen Chemiker. Die sogenannte Jonen-Theorie, die Ostwald geschaffen hatte, wurde zunächst stark angezweifelt, und besonders Nernst wurde als „Janiker" bespöttelt. Aber rasch brachen sich diese Anschauungen Bahn und Nernst konnte sich als Ordinarius in Göttingen und dann seit 1904 als Vertreter der physikalischen Chemie an der Berliner Universität dem Ausbau dieses wichtigen Gebietes widmen. Die Zuerkennung des Nobelpreises war ein Ausdruck der internationalen Würdigung, die er fand. Emil Fischer, der zu gleicher Zeit die biologische Chemie auf eine neue Grundlage stellte, hat in seinen Erinnerungen „Aus meinem Leben" eine feine Charakteristik von Nernsts Persönlichkeit geboten. „Nernst ist kein einseitiger Fachgelehrter, sondern interessiert sich auch für industrielle und wirtschaftliche Dinge, wozu er durch die Erfindung seiner elektrischen Lampe genügende praktische Gelegenheit fand. Er ist ferner Automobilist und Landwirt. Jäger und war während des Krieges sogar Soldat. Das entspricht ganz seinem lebhaften Geiste, seiner großen Energie und seinem leidenschaftlichen Empfinden. Zusammen mit seiner liebenswürdigen Gattin und seinen Kindern hat er auch ein gastfreies Haus in Berlin eingerichtet, wo die jungen Chemiker und Physiker leicht Aufnahme finden."

Theater und Musik

⊙ **Die Nationalfestspiele des Deutschen Schillerbundes** werden in Weimar mit der ersten Wochenreihe begonnen. Aus allen Teilen des Reiches eilte deutsche Jugend, Jungen und Mädchen aus den letzten Jahrgängen höherer Lehranstalten, nach Weimar. Ueber 6000 hatten sich gemeldet. Aber nur die Hälfte konnte berücksichtigt werden, weil höchstens 800 Teilnehmer in jeder Wochenreihe untergebracht werden können. Die Festspiele bringen die Wallenstein-Trilogie auf zwei Spieltage verteilt und Goethes Egmont, dazu abwechselnd Tannhäuser, die Meistersinger oder Ode-

MARCHIVUM

Messen und Ausstellungen

Erweiterung des Hauses der Technik in Frankfurt a. M.

Um dem empfindlichen Raummangel auf der Frankfurter Messe abzuhelfen, wird das Haus der Technik zur bevorstehenden Herbstmesse, die vom 21.—27. September stattfindet, beträchtlich erweitert. Es ist hierdurch möglich geworden, in der technischen Messe Gruppen neu aufzunehmen, die bisher aus Platzmangel nicht berücksichtigt werden konnten, beispielsweise Kino, Optik, Photo, Automobile, Fahrräder und Zubehör. Auch dem Maschinenbau, der Elektrotechnik, dem Bauwesen wird voraussichtlich weiterer Raum zur Verfügung gestellt werden können. Büromaschinen, die bisher in der Westhalle C untergebracht waren, werden in das Haus der Technik verlegt. Anmeldepapiere und Auskünfte sind beim Messamt Frankfurt a. M. erhältlich.

Städtische Nachrichten

Rechtsbehelfe gegen die Steuer-Vorauszahlungen vom gewerblichen Einkommen

Es muß anerkannt werden, daß der Reichsfinanzminister bestrebt gewesen ist, die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer den Verhältnissen der einzelnen Gewerbezweige tunlichst anzupassen. Für manche Gruppen sind die Vorauszahlungen sogar so niedrig festgesetzt, daß sie vermutlich hinter der Leistungsfähigkeit der beteiligten Kreise zurückbleiben. Andererseits sind gewisse Härten bei jeder Schematisierung unvermeidlich. Sicherlich ist mancher Kaufmann schwerer belastet, als es angemessen erscheint. Um nur einige Beispiele herauszureißen: Für den ganzen Einzelhandel, soweit er sich nicht auf Lebensmittel erstreckt, betragen die Vorauszahlungen 1.2 Proz. der um die Löhne verminderten Roheinnahmen. Bei Qualitätsgeschäften — vornehmen Schuh-, Putz-, Wäschegeschäften etc. — ist dieser Satz erschwinglich, weil in dem einzelnen Umsatz eine verhältnismäßig hohe Gewinnquote steckt; bei Ramschgeschäften aber, die mit billiger Ware, großem Umsatz und bescheidener Gewinnquote arbeiten, wird ein Satz von 1.2 Proz. schon als recht drückend empfunden werden. Oder: Im Großhandel mit Stoffen aller Art betragen die Vorauszahlungen 7.5 Proz. der Roheinnahmen. Es ist aber sicher, daß im Handel mit feinen Tuchen, guten Anzugstoffen etc. ein höherer Prozentsatz verdient wird als im Handel mit Stapelartikeln, und daß also derjenige Grossist, der sein Geschäft ganz auf Stapelartikel abgestellt hat, unverhältnismäßig schwer belastet ist.

Für solche Fälle geben schon die ministeriellen Bestimmungen selbst die Möglichkeit einer Abhilfe. Der Steuerpflichtige kann beim Finanzamt beantragen, daß auf das Einkommen der Jahre 1920 und 1921 zurückgegriffen wird. Voraussetzung dafür ist natürlich, daß der Betrieb sich seither nicht wesentlich verändert hat. Für den Nachweis dieser Voraussetzung wird es im allgemeinen genügen, darzutun, daß das Geschäftslokal, die Zahl der Angestellten, der Mengenumsatz etc. ungefähr unverändert sind. Liegen diese Voraussetzungen vor, so tritt folgende Berechnung ein: Das festgestellte Einkommen von 1920 wird durch 13, das von 1921 durch 19 dividiert. Aus den sich ergebenden beiden Zahlen wird der Durchschnitt gezogen. Dieser Durchschnitt wird als Goldmark-Einkommen 1924 angesehen und bis zu 8000 GM. mit 10 Proz. jährlich, darüber hinaus mit 20 Proz. jährlich vorläufig besteuert. Auf das Vierteljahr entfällt natürlich der vierte Teil dieser Beträge. Beispiel: Ein Schuhwaren-Detaillist, der nur mit einfacher und billiger Ware handelt, hat einen monatlichen Umsatz von 12 000 GM.; an Löhnen und Gehältern zahlt er monatlich 500 GM.; dann hätte er 1.2 Proz. von 11 500 GM. = 138 GM. monatlich (also im Vierteljahr 414 GM.) Einkommensteuer zu zahlen. Wenn dieser Kaufmann im Jahre 1920 ein Einkommen von 100 000 M., im Jahre 1921 ein Einkommen von 200 000 Mk. hatte, so kann er folgende Berechnung anstellen: 100 000 Mark : 13 = rund 7 700 GM., 200 000 M. : 19 = rund 10 500 GM., zusammen 18 200 GM. Hiervon ½ = 9 100 GM. Dieser letztere Betrag gilt als vorläufig geschätztes Einkommen für 1924. Die Vorauszahlungen davon betragen für das ganze Jahr 10 Proz. von 8000 GM. = 800 GM., 20 Proz. von 1100 GM. = 320 GM., zusammen 1020 GM. jährlich, oder 255 GM. vierteljährlich, also weniger, als sich bei der Berechnung nach den Roheinnahmen ergeben hat. Dieser Kaufmann wird also mit Erfolg eine Herabsetzung seiner Vorauszahlungen beantragen können. Es muß ihm aber empfohlen werden, den Antrag noch vor dem 1. Juli zu stellen, weil der einmal gewählte Maßstab tunlichst für das ganze Jahr beibehalten werden soll.

Wer für 1920 oder 1921 unrichtig veranlagt worden ist (z. B. infolge einer willkürlichen Schätzung) wird diesen Weg nicht gehen können. Für ihn gibt es einen anderen Behelf (der allerdings nach Anweisung des Ministers nur ausnahmsweise zugelassen werden soll.) Er kann den Nachweis dafür antreten, welchen Prozentsatz seines Umsatzes im Jahre 1920 oder 1921 sein Reinverdienst dargestellt hat. Beweist er z. B., daß er nur 4 Proz. vom Umsatze netto verdient hat, so würde höchstens ein Fünftel hiervon, also 0,8 Proz. des Umsatzes 1924, als Einkommensteuervorauszahlung für 1924 in Frage kommen. Es gibt sicherlich Fälle, in denen beide Wege versagen. Dann bleibt nur übrig, unter Darlegung der besonderen Umstände des Einzelfalles oder des einzelnen Geschäftszweiges beim Finanzamt eine von der Regel abweichende Festsetzung der Vorauszahlungen zu beantragen. Hat der Antrag keinen Erfolg, so ist die Beschwerde ans Landesfinanzamt zulässig. Gegen dessen Entscheidung kann der Reichsfinanzhof mit der weiteren Beschwerde angerufen werden. Der Reichsfinanzhof hat dann völlig freie Hand; er ist weder an das Gesetz, noch an die ministeriellen Ausführungsbestimmungen gebunden und kann nach völlig freiem Ermessen die Vorauszahlungen unter Berücksichtigung der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse beliebig festsetzen. Man darf aber nie vergessen, daß vorübergehende Zahlungsstockungen, Geldknappheit etc. niemals ein Grund zur Herabsetzung, sondern höchstens zur Stundung sind. Wohl aber werden besonders hohe und drückende Zinslasten als Grund für die Herabsetzung in Frage kommen.

Rechtsanwalt und Notar Jacobsohn-Breslau.

---

* **Badische Altkatholische Kirchensteuervertretung.** In der letzten Sitzung der Badischen Altkatholischen Kirchensteuervertretung wurde beschlossen, die Pfarrstelle Singen vom 1. Juli wieder zu besetzen und in Ladenburg statt der früheren Pfarrstelle eine Seelsorgerstelle für Ladenburg (mit Schwetzingen) und zur Aushilfe in Mannheim mit dem gleichen Tage zu errichten. Zur Deckung des Aufwandes des Voranschlags wurde eine Landeskirchensteuer vom 0,11 Pfennig auf 1 Mark der Grund- und Gewerbesteuer von 1922 und von 0,05 Pfg. auf 1 Mark der Reichseinkommensteuer von 1922 beschlossen.

* **Förderung der Bautätigkeit.** Laut Mitteilung des Städt. Nachrichtenamts hat der städtische Hypothekenausschuß in der Sitzung vom 16. Juni 1924 den Betrag von 285 200 Goldmark als Baudarlehen für 44 Wohnungen mit 146 Zimmern bewilligt.

* **Produktive Militärjustiz.** Die von den französischen Militärgerichten in der Pfalz wegen geringfügiger Vergehen ausgesprochenen Geldstrafen werden seit der Frankenentwertung in Goldmark festgesetzt. Das Erträgnis der Geldstrafen wird noch durch die Umrechnungsmethode erhöht. Die Goldmark wird zuerst in Franken und dann wieder nach einem von der Interalliierten Rheinlandkommission selbst festgesetzten Umrechnungssatz in Rentenmark umgerechnet. Durch diese Methode wurden aus 100 Goldmark beim Zahlen 120 und mehr Rentenmark. Der Umrechnungssatz ist bis jetzt immer höher und noch nie niedriger geworden, mochte die Mark oder der Franken stehen wie sie wollten. In der letzten Zeit versuchen die französischen Militärgerichte die von ihnen neben den Gefängnisstrafen ausgesprochenen Geldstrafen mit allen Mitteln beizutreiben. Bei rechtsrheinischen Behörden liefen wiederholt Gesuche ein um Bezahlung von Geldstrafen von Verurteilten, die außer zu Gefängnisstrafen auch noch zu hohen Geldstrafen verurteilt worden sind. Nachforschungen ergaben, daß es sich nicht um politische Gefangene, sondern um Personen handelt, die wegen gemeiner Vergehen, Diebstähle bei der Regiebahn verurteilt worden sind. Da diese Gesuche aus den französischen Gefängnissen kamen und den Zensurvermerk der französischen Gefängnisse tragen, liegt die Annahme sehr nahe, daß die Gesuche von den Franzosen veranlaßt wurden, um auf diese Weise die Bezahlung der Geldstrafen zu erreichen. So wird die französische Militärjustiz „produktiv" gestaltet.

* **Wascht das Obst!** Eine Mahnung, die alljährlich durch die Presse läuft: „Wascht das Obst!" Und doch! Wie viele Obstesser versäumen diese Selbstverständlichkeit! Der Genuß von frischem Obst ist eine so edle und wohltuende Note in der Harmonie des Frühjahrs, daß er gewiß niemals beeinträchtigt werden soll. Dabei läßt sich doch die Mahnung anbringen, daß man in diesem Genuß weder leichtsinnig noch hastig sein soll, was beides oft zusammenfällt. Ein großer Teil des Obstes wird jetzt nicht mehr auf Märkten und in Läden, sondern bei den sogenannten fliegenden Händlern gekauft, und namentlich in der Hochsaison der Kirschen kann man es oft genug sehen, daß Leute mit einer frisch erstandenen Tüte durch die Straßen schlendern und es durch die Tat zeigen, daß sie nicht abwarten, bis sie mit ihrem Schatz zu Hause angelangt sind. Ganz abgesehen von der ach so häufig damit verbundenen Unmanier, altischerige Kirschkerne auf die Straße zu werfen, hat dieses eilige Verzehren von Obst auch für den Genießenden selbst Gefahren. In einer Sitzung der Pariser Biologischen Gesellschaft haben zwei Forscher, Sartory und Fillak, die Ergebnisse ihrer bakteriologischen Untersuchungen an verschiedenem Obst kundgegeben, wie es in Verkaufsständen, die nach der Straße geöffnet sind, und auch in den Körben und Fässern der Krämer feilgehalten wird. Das von genannten Gelehrten untersuchte Obst bestand aus Trauben, Erdbeeren, Kirschen und Johannisbeeren. Das sterilisierte Wasser, mit dem die Früchte abgewaschen wurden, enthielt eine hübsche Blütenlese von Bakterien, unter denen sich einige recht gefährliche Gesellen befanden. Die Zahl schwankte nach dem Reinlichkeitszustand der Früchte zwischen 65 000 und 3 200 000 im Kubikzentimeter. Beim zweiten Waschen ergaben sich noch 7000 und 120 000 und nach der dritten Waschung immerhin noch zwischen 3000 und 27 000 Keime. Nach der Kenntnisnahme dieser ungeheuren Ziffern wird es gewiß niemand mehr unterlassen wollen, das Obst vor dem Genuß gründlich mit Wasser zu behandeln.

* **Kesselbrand.** Infolge fahrlässigen Wegwerfens eines Streichholzes beim Anstecken einer Zigarette gerieten gestern nachmittag in Q 7, 10 in einem Kessel die Ueberreste von Schuhcreme in Brand, wodurch ein Fenster und die Decke des Raumes, in dem sich der Kessel befindet, ebenfalls Feuer fingen. Der Brand wurde durch die um 2.10 Uhr alarmierte Berufsfeuerwehr gelöscht. Der angerichtete Schaden beträgt etwas 50 Mark.

Veranstaltungen

♂ **Theaternachricht.** Heute Dienstag findet im Nationaltheater die Erstaufführung der Komödie „Der Teufelsschüler" von Bernard Shaw statt. — Im Neuen Theater gelangte das Gastspiel des deutsch-russischen Theaters „Der blaue Vogel" erstmalig zur Wiederholung. Weitere Vorstellungen finden am Mittwoch und Donnerstag statt. — Freitag, 27. Juni wird im Nationaltheater zu der Gelegenheit des 25jährigen Dienstjubiläums von Betty Kosser „Der Troubadour" gegeben. Der verdienstvollen Jubilarin, die in der Zeit ihrer künstlerischen Wirksamkeit sich einen großen Kreis von Verehrern und Freunden schuf, wird in der Partie der Azucena Gelegenheit gegeben, sich an ihrem Festtage auf der Höhe ihrer gereiften Kunst zu zeigen.

♂ **Operettengastspiele im Neuen Theater.** Die vom Stadttheater Heidelberg unter Leitung des Direktors Joh. Meißner veranstalteten Operettengastspiele im Neuen Theater des Rosengartens beginnen am Sonntag, 29. Juni.

♂ **Mozart-Abend.** Heute, Dienstag abend, findet der Mozart-Abend von Hans Bruch statt. Unter Mitwirkung eines Kammer-Orchesters (25 Herren) des Nationaltheater-Orchesters, werden einige Konzert für Klavier und Begleitung eines Orchesters und das Konzert Rondo D-dur durch Gertrud Keller, Suse Löb, Hanna Holland, Irmgard Gudehus zur Aufführung gelangen.

Kommunale Chronik

Kleine Mitteilungen

Der Bürgerausschuß der Stadt Lörrach beschloß, bei der Staatsanwaltschaft eine Beschleunigung des Strafverfahrens gegen den kommunistischen Abgeordneten Bock zu veranlassen.

Der Konstanzer Bürgerausschußsitzung lag der städtische Voranschlag 1924/25 zur Beratung vor. Oberbürgermeister Dr. Moericke besprach in längeren Ausführungen eingehend die finanziellen Aufgaben der Stadt. U. a. wies er darauf hin, daß die Mehrheit des Stadtverordnetenvorstandes der Ueberzeugung ist, daß aus den heutigen in Baden üblichen Mieteinnahmen der Hausbesitz die ihm zufallende Umlage in doppelter Höhe gegen 1914 nicht aufbringen könne. Deshalb werde der Antrag gestellt, der Bürgerausschuß wolle beschließen, daß die Umlage 1924/25 als Betriebsunkosten auf die Wohnungsinhaber umgelegt werden darf. In seinen Einzelausführungen widersprach der Oberbürgermeister den beantragten Streichungen an dem für Lehrmittel an der Volksschule eingesetzten Betrag. Aus seinen Ausführungen über die finanzielle Lage des Theaters ist zu entnehmen, daß es dem Direktor durch die Art der Führung des Theaters gelungen ist, geschäftlich so abzuschneiden, daß er auf den Zuschuß im nächsten Winter voraussichtlich verzichten könne.

In der Stadtratssitzung zu Mutterstadt wurde beschlossen, da die Erwerbslosenfürsorge einen wöchentlichen Zuschuß von 300 M. erfordert, diese Leistung aber für die Gemeinde zu hoch ist, alle in Gewerbe und Handel im Nebenberuf noch Tätigen, sowie alle Ledigen und Sozialrentner und alle Personen, die keine schulpflichtigen Kinder haben, von der Erwerbslosenfürsorge auszuschließen. — Ferner wurde nach dem Muster von Ludwigshafen die Lohnsummen- und die Getränkesteuer eingeführt.

Die Gemeinde Bruchhof—Sandorf erhielt bei der Grenzfeststellung des Saargebiets von der Stadt Homburg einen mehrere Hundert Tagwerk umfassenden Wald geschenkt. Aus dem diesjährigen Holzerlös nun hat sie sich eine Wasserleitung und elektrisches Licht erstellen können und wurde somit eine wohlhabende Gemeinde.

*

♂ **Wallstadt,** 22. Juni. Aus der jüngsten Gemeinderatssitzung ist mitzuteilen: Zur Bestreitung der Ausgaben wird eine Umlage für 1924 von 80 Pfg. je Hundert für Gebäude und Betriebsvermögen und 1 M. je Hundert für alle anderen Grundstücke erhoben. Zur Ausführung von Arbeiten aller Art am elektrischen Ortsnetz wird die Firma Pfälzer Motorenhandelsgesellschaft Ludwigshafen a. Rh. zugelassen. — Die Vergnügungssteuer beträgt von 1. Mai 1924 ab für den Saal 3 M. — Nachdem die Gemeinde nur die Mittel zu einer siebenten Lehrstelle bewilligen soll, bei der Mitbesetzung aber nicht mitzureden hat, wurde der Beschluß auf Errichtung der Lehrstelle und Uebernahme der Kosten auf die Gemeindekasse zurückgenommen. — Die Grasversteigerung auf den Feldwegen mit einem Erlös von 137.40 M. wird genehmigt. — Ein Urteil des Mieteinigungsamtes, wonach die Beschlagnahme der Wohnung Zeilinger Wwe. aufgehoben wurde, ist zur Kenntnis gebracht worden. — Von Ueberweisung eines Betrages von 482 M. durch den aufgehobenen Kommunalverband wird Kenntnis genommen. — Die Stundenpläne für die Volksschule werden für 1924 genehmigt. — Wegen Errichtung einer Postagentur sollen erneut Vorstellungen erfolgen. — Der Abhörbescheid der Schulgründefondsberechnung 1920/22, ebenso die Abschlüsse der Gemeinderechnungen 1921 und 1922 wurden zur Kenntnis gebracht. — Einwendungen gegen das Bauvorhaben Georg Schollmeier am Wasserturm werden seitens der Gemeinde nicht erhoben. An Schollmeier werden 1 Ar 63 Qm. Ackerland zu Eigentum abgetreten. Protokollierung erfolgt erst nach Baubeginn. Die Gemeinde behält sich das Vorkaufsrecht vor. — Die Akazienversteigerung mit einem Erlös von 42 M. wird genehmigt. — Mit der vom Kreisschulamt geplanten Durchführung des Fortbildungsschulunterrichts an der hiesigen Volksschule ist der Gemeinderat einverstanden. — Eine Bestellung von Holzhäusern soll nicht erfolgen. — Im Pumpwerk soll ein Motoranlasser eingebaut und diesbezügliche Angebote eingeholt werden. — Der Schularztbericht vom Jahr 1923 wurde zur Kenntnis gebracht. — Zur staatlichen Hundetaxe von 12 M. wird ein Gemeindezuschlag nicht erhoben. — Das Begehen der Gemeindefeldwege ist nur in der Zeit von vormittags 6—11 Uhr und nachmittags 1—8 Uhr gestattet. — Beim Bezirksamt wird Protest erhoben, daß Autos zu rasch durch die Ortschaften fahren und um Beseitigung des Mißstandes gebeten. — Das Wasserreservoir soll im Herbst gereinigt und frisch gestrichen werden. — Für die Feldhüter werden Dienstrevolver angeschafft. — Vor Erstellung der Turnhalle auf dem hiesigen Sportplatz durch den freien Männerturnverein soll mit dem Verein ein Vertrag auf 20 Jahre abgeschlossen werden. — Das Radfahren im Friedhof und auf dem Friedhofweg sowie das Laufenlassen der Gänse auf der Straße und im Gemeindegarten wird künftig streng bestraft. — Die Gemeindeumlage ist fällig, am 15. Juni wurde mit der Betreibung begonnen. — Den Feldhütern wird zur Pflicht gemacht, künftig die Feldwege einzuhacken und zu unterhalten.

♂ **Neckarhausen,** 22. Juni. Aus der jüngsten Gemeinderatssitzung ist mitzuteilen: Für Entnahme von Kies zur Verwendung auf hiesiger Gemarkung wird keine Gebühr erhoben. Für auswärts verwendeten Kies werden erhoben: 1. für einen Einspänner 2 Goldmark, für einen Zweispänner 3 Goldmark. — Ein Abänderungsantrag der Wirtschaftsgruppe bezügl. Gräberankaufsgebühren wird abgelehnt, ebenso ein solcher derselben Gruppe, den hiesigen Gastwirten jährlich 3 Tanzveranstaltungen vergnügungssteuerfrei zu lassen. — Der Ankauf eines Farrens und eines Ebers wird genehmigt. Die Futterkosten sollen revidiert und neu festgelegt werden. — Für die Leichenträger sollen Hüte und Mäntel bestellt werden. — Der Antrag eines Ulmendbesitzers, sein Hanfstück gegen das Neurottstück seines Schwiegervaters derart umzutauschen, daß ihm das Neurottstück seines Schwiegervaters auch nach dessen Tod zur Nutznießung verbleibt, wird abgelehnt, da die Bestimmungen des Bürgerrechtsgesetzes und die gefaßten Beschlüsse der Gemeindebürger entgegenstehen. — Von dem Schularztbericht 1923/24 wird Kenntnis genommen. Nach diesem sind wesentliche Aenderungen im Gesundheitszustand der Schulkinder gegenüber dem Vorjahre nicht festgestellt. Ernstere Lungenerkrankungen, sowie das Auftreten von epidemischen Kinderkrankheiten kamen nicht vor. Als bedauerliche Tatsache wird festgestellt, daß durch die Teuerung und die finanzielle Notlage der Gemeinde die Möglichkeit nicht bestand, in der Entwicklung zurückgebliebenen schwächlichen Kindern durch Einweisung in Seebäder und Luftkurorte die entsprechende hygienische Behandlung zuteil werden zu lassen. Die durchgeführte Quäkerspeisung, an der durchschnittlich 100 Volksschüler und 50 Kleinkinderschüler teilnahmen, zeitigte schöne Erfolge. Bei nur 5 Kindern wurde keine Gewichtszunahme festgestellt; durchschnittlich betrug die Gewichtszunahme 5—6 Pfd., bei einigen sogar 9—11 Pfd. Die Weiterführung der Quäkerspeisung ist sichergestellt. Die Lehrer klagen darüber, daß speziell das Fußballspielen der Schüler sich oft bis in die Nacht hinein ausdehnt, daß Körper und Geist der Schüler durch dieses Uebermaß sehr leidet. Die Kinder vernachlässigen die Hausaufgaben und sind dadurch, daß der Schlaf infolge der Aufregungen des Spieles zu spät sich einstellt, am nächsten Morgen nicht derart aufnahmefähig, wie es der Unterricht verlangt.

Aus dem Lande

* **Ettenheim,** 22. Juni. In dem Dorfe Rust kam es, wie noch erinnerlich, in den unruhevollen Septembertagen des vergangenen Jahres ebenfalls zu einem schweren Aufstand, der sich gegen die Bezahlung der Landabgabe und die Pachtbedingungen des ortsansässigen Grundbesitzers Freiherr von Böcklin richtete. Es kam dabei zu einer Demonstration vor dem Wohngebäude des Grundbesitzers, ebenso vor dem Bezirksamt Ettenheim, wo ein Gendarmeriewachtmeister mißhandelt und ihm die Waffen entrissen wurden. Für Mitte Juli ist nunmehr vor dem Freiburger Schöffengericht die Verhandlung gegen 36 Personen, gegen die Anklage wegen Landfriedensbruch und dergleichen erhoben wird, angesetzt.

* **Aselfingen** bei Donaueschingen, 22. Juni. Infolge des starken Gewitters in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag ist der Aubach wieder so stark angeschwollen, daß er einen halben Meter hoch in den Häusern stand. Er schüttete das von der Reichswehr neu angelegte Bachbett zu und schuf sich ein neues. Das Haus des Straßenwarts Rölefe wurde durch das Hochwasser beschädigt.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Juni

Rhein-Pegel	12.	13.	17.	18.	21.	24.	Neckar-Pegel	12.	13.	17.	18.	21.	24.
Schusterinsel	3.20	3.36	3.4[illegible]	3.33	3.25	3.8							
Kehl	3.58	4.08	4.62	4.24	4.02	4.3[illegible]	Mannheim	5.30	5.79	5.88	5.49	5.51	5.49
Maxau	6.06	6.04	6.12	6.09	6.11	6.32	eisfrei						
Mannheim	5.41	5.35	5.76	5.83	5.87	5.54							
Kaub													
Köln	3.56	3.52		3.75	3.85	3.68							

Liedertafel K 2, 32 Telefon 6799
Gut bürgerliche Küche. :—: :—: Mittag- und Abendtisch.
Gut gepflegte Biere. Anerkannt billige reine offene und Flaschenweine.
Treffpunkt der Liedertäfler. Angenehmer Familienaufenthalt. 582

MARCHIVUM

ron. Jede Wochenreihe beginnt mit einer Begrüßungsfeier im Deutschen Nationaltheater, die als Klopstockfeier zu des Dichters 200. Geburtstag gedacht ist. Diesmal sind es vorwiegend Schüler und Schülerinnen aus dem Westen des Reiches, besonders aus dem Rheinland und dem Industriegebiet, aus Barmen, Dortmund, Duisburg, Essen, Herne, Gelsenkirchen, daneben Gruppen aus Hamburg, Bremen, Berlin, Stuttgart, Ulm, Schöneberg i. Sa., Liegnitz, Frankfurt a. M. Der erste Begrüßungsabend brachte nach dem Intermezzo von Max Reger den Willkommengruß des Vorsitzenden Prof. Dr. Scheidemantel und anschließend einige einführende Worte über Klopstocks Bedeutung; er hatte seinen Höhepunkt in deklamatorisch vollendeten Darbietungen von Oden Klopstocks durch die Berliner Schauspielerin Gertrud Treßnitz. Die Aufnahme zeigte, besonders bei dem Vaterlandslied „Ich bin ein deutsches Mädchen", die Stimmung jugendlich echter Begeisterung.

⊙ **Theaterrundschau.** Unter der Generalintendanz Dumont-Lindemann wird nach zweijähriger Pause das Schauspielhaus Düsseldorf wieder eröffnet, dem nunmehr mehrere Bühnen des rheinischen Industriebezirkes angeschlossen sind. Die geistige Organisation des gesamten Kunstkörpers zeigt ein für das deutsche Theaterleben völlig neues Gesicht. Um das Theater vor der Isolation zu bewahren und in dauernder Berührung mit der lebendigen geistigen Produktion Deutschlands zu erhalten, ist ein geistiger Beirat geschaffen worden, der aus Albrecht Schaeffer, Martin Buber und Wilhelm Worringer besteht. Außer den Generalintendanten Louise Dumont und Gustav Lindemann ist Felix Emmel als Spielleiter und Dramaturg in das Direktorium des Schauspielhauses eingetreten. Die wiedererstehende Theaterzeitschrift „Die Masken" wird Kurt Heynicke leiten. Künstlerische Beiräte sind C. T. Pflarz und Werner Schramm. — Die Stadt Eisenach hat die Theaterdirektoren Pfeiffer-Sorau und Berter-Berlin als Intendanten in die engere Wahl gestellt. — Walter Braunfels' neue Oper „Don Gil von den grünen Hosen" (nach dem Spanischen des Tirso de Molina) kommt im November in München zur Uraufführung und ist schon jetzt von den Bühnen in Stuttgart, Karlsruhe, Breslau, Barmen, Krefeld usw. erworben worden. — Hermine Körner hat das Schauspiel „Die Reuberin" von Paul Hermann Hartwig, dessen Uraufführung am 21. Juni zu Dresden im Neustädter Schauspielhaus stattfindet, für das Schauspielhaus in München und für ihre Gastspieltournee in Wien, Nürnberg, Köln und Düsseldorf angenommen. — Zum Intendanten des Dreistädte-Theaters: Beuthen-Gleiwitz-Hindenburg wurde der langjährige Oberregisseur des Wiener Volkstheaters, Hubert Reusch, gewählt. — Die Stadt Nördlingen hat die Erbauung eines großen Festspielhauses in die Wege geleitet. In diesem Theater sollen alljährlich historische Festspiele stattfinden. Eröffnet werden soll das Haus mit dem historischen Festspiel „Anno 1643", verfaßt von Pfarrer Wolf Meyer.

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Immobiliengesellschaft Waldhof in Mannheim i. L.

Im vergangenen Geschäftsjahre ist es infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Lage nicht gelungen, irgendwelche Grundstücksverkäufe abzuschließen. Das bisherige Guthaben und die Zins-Einnahmen haben wegen der Einwirkungen der Inflation nicht ausgereicht die laufenden Geschäftsspesen zu decken, so daß die Bilanz eine Schuld an die Zellstoffabrik Waldhof aufweist, welche jedoch inzwischen durch einen Grundstücksverkauf wieder ausgeglichen ist. Die Bilanz weist auf: Grundstücke mit 175 712 ℳ, Zwangsanleihe mit 55 000 ℳ, Debitoren mit 5496 ℳ und Liquidationskonto mit 226 149 597 717 354 ℳ. Dagegen stehen Kreditoren mit 226 149 597 953 562 ℳ, Steuern und Unkosten betragen 352 500 298 071 943 ℳ, Zinsen 126 350 700 Mill. ℳ, Liquidationskonto von 1922 354 589 ℳ und Liquidationskonto von 1923 226 149 597 717 354 ℳ.

Chemische Fabrik vorm. Goldenberg, Geromont & Cie. Winkel (Rheingau)

Die Schwierigkeiten aus der Ruhrbesetzung haben im Berichtsjahr den Lohnveredelungsverkehr nicht unmöglich gemacht, aber immerhin derartig erschwert, daß die Produktion einen nicht unerheblichen Rückgang zeigte. Ein solcher wäre allerdings auch dadurch eingetreten, daß die Lieferung von Citronensäure nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, dem wichtigsten Absatzgebiet der Gesellschaft, infolge des auf 60 Prozent des Wertes erhöhten Zolles, nahezu unmöglich wurde. Es sei zu befürchten, daß diese Zollschranken nicht abgebaut, sondern weiter erhöht werden. Außerdem werde die Konkurrenzfähigkeit im Verkehr mit dem Auslande, auf das man sowohl beim Absatz der Produkte, als auch beim Bezug des Rohmaterials angewiesen sei, durch die stark gestiegenen Herstellungskosten und Frachten in Deutschland außerordentlich erschwert, sodaß man es für richtig gefunden habe, die technischen und kaufmännischen Erfahrungen mehr und mehr durch Betätigung im Auslande zu verwerten. Man hoffe hierdurch den zu erwartenden Ausfall der inländischen Produktion zu ersetzen.

Aus dem Reingewinn von 137 621 Bill. (86,3 Mill.) ℳ werden auf die Stammaktien 10 Bill. P.ℳ gleich 1 Prozent in Gold (i. V. 300 Prozent Papier) Dividende verteilt und 63 351 Bill. ℳ vorgetragen. Aus der Bilanz (Bill., Vorjahr Mill. ℳ): Kreditoren 314 326,3 (293,3) gegen 179 815,7 (199,7) Debitoren, 2875,2 (4,1) Kasse, 41 903 (3,4) Wechsel, 2819,3 (0,34) Staatspapiere und Pfandbriefe, 5920 (2,14) andere Effekten und Beteiligungen, 218 562,2 (257,1) Vorräte.

---

* **Schnellpressenfabrik Frankenthal Albert & Cie. A.-G., Frankenthal (Pfalz).** Die Absatzmöglichkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 1923, das infolge Verlegung auf das Kalenderjahr nur 9 Monate umfaßt, durch die Zustände im besetzten Gebiet auf ein Minimum beschränkt. Erst die Beendigung des Ruhrkampfes gab in den letzten zwei Monaten 1923 die Versandmöglichkeit wieder frei. Der Abschluß ergibt nach 39 490 Bill. ℳ Aufwendungen für Abschreibungen und Reparaturen 10 355 Bill. ℳ Reingewinn, der vorgetragen werden soll (i. V. 50 Goldpfennige pro Aktie). Bei 65 (18) Mill. ℳ Aktienkapital — die Kapitalerhöhung wurde allerdings erst im laufenden Jahre durchgeführt — verzeichnet die Bilanz 754 171 Bill. ℳ Gläubiger gegenüber 620 177 Bill. ℳ Debitoren und 101 827 Bill. ℳ Vorräten. Aus den Jahren 1920 und 1921 bestehen Obligationenschulden von 2,91 bzw. 5,88 Mill. ℳ. Die gegenwärtige Beschäftigung sei gut, trotz der Einschränkung der Exportmöglichkeit durch die beträchtliche Steigerung der Herstellungspreise nach Einführung der Goldmark und der in verschiedenen Ländern ungerecht hohen Einfuhrzollschranken gegen deutsche Waren.

* **Sektkellerei Wachenheim A.-G. in Wachenheim (Pfalz).** Die G.-V. genehmigte die Regularien. Der Reingewinn von 1083 Bill. wird vorgetragen (i. V. 35 Prozent Dividende). In den Aufsichtsrat wurden neugewählt Direktor Dr. Kramm von der Württembergischen Vereinsbank. Wie auf Anfrage mitgeteilt wurde, werden in die Goldmarkbilanz die Weinvorräte wie in der Vorkriegszeit mit etwa 500 000 ℳ eingesetzt werden. Ueber die Geschäftslage wurde ausgeführt, daß infolge der Geldknappheit der Sektkonsum zurückgegangen sei. Die Gesellschaft habe keine Bankschulden. Neuerdings wurden mit englischen Großimporteuren für deutsche Weine günstige Abschlüsse erzielt, bis aber der Vorkriegsexport von 80 000 Flaschen wieder erreicht sei, werde es noch geraume Zeit dauern.

* **„Revision" Treuhand-A.-G., Berlin.** Die Eröffnungs-Goldbilanz per 1. Januar 1924 weist ein Kapital von 200 000 Goldmark in 1000 Aktien zu 100 G.ℳ aus. Demnach erfolgt die Zusammenlegung im Verhältnis 5 zu 1. Der als Beteiligung geführte Besitz von 200 000 ℳ Aktien der Südd. Revisions- und Treuhand-A.-G. in Mannheim ist zum amtlichen Steuerkurs mit 200 G.ℳ bewertet, der früher auf 1 ℳ abgeschriebene Mobilienbesitz ist mit 4884 G.ℳ eingestellt, durch den die Unterbilanz pro 1923 und die aus der Umwertung sich ergebenden Unterschiede ihren Ausgleich finden. Der völlige Verlust des eingezahlten Eigenkapitals, sowie des Reservefonds, macht neue Einlagen notwendig. Hiermit wird die Ermäßigung des Kapitals auf 200 000 G.ℳ durch Herabsetzung des Nennwertes der Aktien auf je 200 G.ℳ verbunden; hierauf ist eine Einzahlung von 25 Prozent gleich zusammen 50 000 G.ℳ eingefordert. Der Abschluß für 1923 ergibt einen Verlust von 6181 Bill. ℳ.

* **Hypothekenbank in Basel.** Nach dem Geschäftsbericht für 1923 schließt die Hypothekenbank in Basel, die außerordentlich schwer durch Verluste an Mark gelitten hat, mit einem Verlust von 2 095 089 Frcs. ab. Die Bank hat bekanntlich mit der Deutschen Bank in Berlin einen Vergleich abgeschlossen, wonach die Deutsche Bank ihre Valutagarantie gegenüber der Hypothekenbank mit 22 Mill. schweiz. Franken ablösen wird. Die Hypothekenbank hat an Mark und französischen Franken einen Valutaverlust von 57 389 604 Fr. zu verzeichnen, dem die eigenen Mittel der Bank mit 12,99 Mill. und die Ablösung der Deutschen Bank mit 22 Mill. gegenüberstehen.

* **Preußische Pfandbriefbank, Berlin.** Das Institut weist für 1923 einen Ueberschuß von 59 091 Bill. ℳ aus, der vorgetragen werden soll. Die im November 1923 beschlossene Kapitalerhöhung wird erst in diesem Jahre zur Durchführung kommen, da die mit dem Beschluß verbundenen Satzungsänderungen der Genehmigung der Preuß. Staatsministerien und des Reichsrates bedurften. Vor der Bereitstellung neuer Mittel war die Bank nicht in der Lage, sich neuen Geschäften zuzuwenden. Die Entwicklung der Hypothekenbanken ist seit einem Jahrzehnt zum Stillstand gekommen. Dadurch hat der Realkredit als Wirtschaftsfaktor von seiner früheren Bedeutung verloren. Der Grundbesitz hat sich in der Inflationszeit zum größten Teil entschuldet, seine Wiederbelastung bildet für Kreditgewährung unter den jetzigen Verhältnissen die gegebene Form und zugleich die sicherste Unterlage. Der Pfandbrief der Hypothekenbanken ruht auf dieser Grundlage, er ist auf Gold fundiert und so allen Währungsgefahren entzogen. Nach alledem steht zu hoffen, daß von dem Zeitpunkt an, an dem im Inlande sich die Ansammlung von Sparkapital von neuem vollzieht und im Auslande das Vertrauen zu den deutschen Verhältnissen zurückkehrt, die Hypothekenbanken wieder in den Vordergrund des wirtschaftlichen Lebens treten werden. Einen breiten Raum im Geschäftsverkehr nahm die Tätigkeit der bankgeschäftlichen Abteilung ein. Sie erbrachte gute Erträgnisse, aus denen die gesamten Verwaltungskosten bestritten wurden. In der Bilanz erscheinen Guthaben bei Banken und Bankhäusern mit 37 741 Bill. ℳ, Debitoren mit 96 346 Bill. ℳ und Kreditoren und Depositen mit 104 502 Bill. ℳ.

* **Bergmann-Elektrizitäts-Werke A.-G., Berlin.** Der Reingewinn beträgt 75 345 Bill. (391 847 436) ℳ, der nach Rückstellung von 40 000 G.ℳ für die Tantieme des Aufsichtsrates, vorgetragen werden soll. Es ist gelungen, den Auslandsabsatz auf der Höhe des Vorjahres zu halten und insbesondere das Ueberseegeschäft zu fördern. In den letzten Wochen hat der Auftragseingang sich stark gemehrt. Die Bilanz verzeichnet: Beteiligungen 842 Bill. (9 644 825) ℳ, Effekten und Lieferungs-Kautionen 17 804 Bill. (305 429) ℳ, Kasse 86 894 Bill. (96 863 727) ℳ, Wechsel 13 844 Bill. 80 010 738) ℳ, Schuldner 5 178 235 Bill. (6 938 217 888) ℳ, Rohmaterialien, Fertig- und Halbfabrikate, Anlagen im Bau 1 828 777 Bill. (1 028 109 164) ℳ, Schuldner 5 280 471 Bill. (7 369 088 540) ℳ.

* **Preußisch-Rheinische Dampfschiffahrts-Gesellschaft.** Die G.-V. genehmigte den dividendenlosen Jahresabschluß. Der Reingewinn von 11 939 Billionen ℳ wird auf neue Rechnung vorgetragen. Die gleichfalls vorgelegte Goldmarkeröffnungsbilanz per 1. Januar 1924 schließt die Aktiven und Passiven mit 1 691 488 ℳ ab. Das Aktienkapital wurde auf 1400 Goldmark umgestellt. Die alten Aktien sollen auf 280 Goldmark herabgesetzt werden. Ferner sollen Goldmarkaktien zu 20 ℳ geschaffen werden. Der Aufsichtsrat wurde ermächtigt, hinsichtlich der Einteilung der Aktien und der Frage, ob und wie weit die Namensaktien auf Inhaberaktien umgestellt werden sollen, die Entscheidung zu treffen. Die feste Vergütung für den Aufsichtsrat wurde auf 12 000 Goldmark festgesetzt, und zwar mit rückwirkender Kraft für 1923. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde anstelle von Hugo Stinnes dessen Sohn Hugo Stinnes-Hamburg.

-|- **Esko-Stahlgesellschaft m. b. H. Spitzenberger u. Co., Mannheim.** Der Firmenwortlaut wurde abgeändert auf „Esko Edelstahl-Kompanie m. b. H.", die Bilanz auf Goldmarkrechnung umgestellt bzw. das Stammkapital erhöht. Aenderungen in der Person der Gesellschaft sind nicht erfolgt. Beschluß der Gesellschafter vom 28. April d. J.

:: **Personalien.** In Berlin ist der Direktor der Deutschen Bank, Paul Mankiewicz am Samstag im 67. Lebensjahr gestorben. Der Verstorbene hat seit 1879 in den Diensten der Bank gestanden. Er galt als Autorität im internationalen Börsen- und Finanzgeschäft, in dem er sich fast ausschließlich betätigte. Er gehörte dem Vorstand der Berliner Börse an und war Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbank; außerdem vertrat er die Interessen der Bank in zahlreichen Industriegesellschaften. hr.

Devisenmarkt

Die Zusammenkunft von Chequers hat auf den französischen Franken nicht die Wirkung ausgeübt, die man von einer Verständigung Frankreichs mit England in vitalen Fragen erwarten hätte können. Es gewinnt mehr und mehr den Anschein, daß es französische Finanz- und Industriekreise selbst sind, die einer Besserung entgegenstreben, um die Exportfähigkeit nicht zu mindern. International lag das Geschäft sehr ruhig. Man notierte London gegen Paris 80,875, New York 18,70. Englische Pfunde waren international abgeschwächt, gegen den Dollar auf 4,32¼ (gestern 4,33). Es kostete der französische Frank 22,6, der belgische 19,5, der schweizerische 74,5 Goldpfennige. hr.

Börsenberichte

Mannheimer Effektenbörse

-|- **Mannheim**, 24. Juni. Der Börsenverkehr war heute ziemlich lebhaft bei teils anziehenden Kursen. Es wurden gehandelt: Anilin 12,5, Waggonfabrik Fuchs 0,65, Germania Linoleum 7,5, Mannheimer Gummi 1,25, Mez Söhne 1,75, Neckarsulmer 3¾, Rhein-Elektra 4,25, Zellstoffabrik Waldhof 6,5, Zuckerfabrik Frankenthal 2,95 und Zuckerfabrik Waghäusel 2,5 (nachbörslich 2¾ bz.). Gefragt wurden: Bremen-Besigheimer 12, Brauerei Werger 11, Benz 2,25, Maikammer 2,25, Gebr. Fahr 4,5, Knorr 2,75 und Freiburger Ziegel 1,25. Mannheimer Versicherungs-Aktien standen zu 50 Bill. ℳ im Verkehr.

Waren und Märkte

Mannheimer Viehmarkt

Zum Viehmarkt vom 23. Juni 1924 wurden aufgetrieben: 948 Stück Großvieh, davon 197 Ochsen, 162 Farren, 589 Kühe und Rinder, ferner 386 Kälber, 1522 Schweine, 10 Wagenpferde, 75 Arbeitspferde, 20 Schlachtpferde. Preise für 50 kg Lebendgewicht: Ochsen: 1. Kl. 44—48, 2. Kl. 36—39, 3. Kl. 30—34, 4. Kl. 24—28; Farren: 34—36, 30—32, 26—28; Kühe und Rinder: 48—52, 38—42, 30—32, 22—26; Kälber: 60—64; Schafe: 10—24; Schweine 52—53, 52—54, 54—55, 53—55, 51—53, 42—46; Wagenpferde: 600—1500, Arbeitspferde: 500—1000, Schlachtpferde: 30—80 das Stück.

Marktverlauf: Mit Großvieh langsam, Ueberstand; mit Kälbern lebhaft, geräumt; mit Schweinen mittelmäßig, geräumt; mit Pferden ruhig.

Bremen, 23. Juni. **Baumwolle.** American Fully middling c. 28 g mm loko per engl. Pfd. 32,64 (33,01) Dollarcents.

Magdeburg, 23. Juni. **Zucker** prompt 18,87½—19,00 G.ℳ.

):(**Vom süddeutschen Eisenmarkt.** Am süddeutschen Eisenmarkt hält die Stockung des Geschäfts auch weiterhin noch an. In Fachkreisen besteht der Eindruck, daß zwar Bedarf da sei, daß aber die Verbraucher allgemein mit Aufträgen zurückhalten, weil sie die Verpflichtungen angesichts der Kapitalnot nicht eingehen wollen. Auf den rheinisch-westfälischen Werken dürfte denn auch der Neueingang von Aufträgen kaum befriedigend sein. Was die linksrheinischen Werke anlangt, so kommen zurzeit kaum bedeutende Abschlüsse mit ihnen zustande. Die von ihnen beanspruchten Lieferfristen sind im Durchschnitt noch ziemlich ausgedehnt, was auf einigermaßen befriedigende Beschäftigung schließen läßt. In Süddeutschland wird ab Händlerlager vielfach zwecks Beschaffung von Barmitteln sehr billig angeboten. Infolgedessen haben die Preisfestsetzungen der Mannheimer Eisenzentrale keinerlei Bedeutung mehr. Es dürfte mancherorts nicht schwer fallen, ab Händlerlager zu Preisen kaufen, die kaum über die Werkpreise hinausgehen. Die Händlervorräte scheinen an vielen Stellen noch recht bedeutend zu sein. Der Schrottmarkt ist andauernd geschäftslos. Werkseitig wird nichts gekauft.

Berliner Metallbörse vom 23. Juni

Preise in Festmark für 1 Kg.

	20.	23.		20.	17.
Elektrolytkupfer	120,00	119,50	Abgelaufene	—	—
Raffinadekupfer	1,02-1,0	1,02-1,03	in Barren		
Blei	0,51-0,50	0,53-0,56	Zink, ausländ.	4,00-4,10	4,00-4,10
Schnitt (Vk.-Pr.)	—,—	—,—	Hüttenzinn	3,80-4,00	3,80-3,90
do. (Gr. Verk.)	0,51-0,55	0,54-0,55	Nickel	2,25-2,35	2,25-2,3
Plattenzink	0,45-0,47	0,47-0,48	Antimon	0,68-0,7	0,68-0,70
Aluminium	—	—	Silber für 1 Gr.	89,00-89,50	88,50-89,—
			Platin p. Gr.	—	—

London, 23. Juni (WB.) Metallmarkt. (In Lst. f. d. engl. t. v. 1016 kg.

	20.	23.		20.	23.		22.	23.
KupferKasse	61.—	61.—	bestselect.	66.25	66.25	Blei	32.25	32.12
do. 3 Monat	61.78	61.75	Nickel	130.—	130.—	Zink	31.50	31.87
do. Elektrol.	66.—	66.—	Zinn Kasse	220.25	223.—	Quecksilb.	13.50	13.50
						Regulus	80.—	80.—

Literatur

Handelsverkehr mit Dänemark

Eine deutsche Uebersetzung des neuen dänischen Zolltarifs, der am 1. Juli 1924 in Kraft tritt, gelangt in dem 2. Juniheft des Deutschen Handels-Archivs (Zeitschrift für Handel und Gewerbe, herausgegeben im Reichswirtschaftsministerium, Verlag von E. S. Mittler u. Sohn, Berlin) zum Abdruck. Das Heft enthält außerdem eine Anzahl weiterer für den Außenhandel bedeutsamer Zoll- und Wirtschaftsbestimmungen des Auslandes. Der dänische Zolltarif ist auch als Sonderabdruck bei der Verlagsfirma erhältlich (Preis 1,50 G.ℳ). Desgleichen sind als Sonderabdrucke herausgegeben worden: Die Ausführungsbestimmungen zum argentinischen Zolltarif und Zollgesetz (Dekret vom 18. Februar 1924) und der sich aus verschiedenen Abänderungsverordnungen ergebende litauische Zolltarif.

Aus der Pfalz

:: **Speyer**, 22. Juni. In der Wirtsstube des Gasthauses „zum Teufelsbrunnen" hat sich auf den Deckel einer größeren Lampe ein Schwalbenpaar sein Nest gebaut, unbekümmert um das Wirtschaftsgetriebe unter ihm.

* **Gimmeldingen**, 22. Juni. Nicht weniger als neun Winzerhäuser haben sich mit der einladenden Zier eines grünen „Buschen" geschmückt und ihre gastlichen Pforten als Hecken- oder Straußwirtschaften geöffnet. Um der erdrückenden Konkurrenz zuvorzukommen, hat einer der Wirte den Geschäftstrick eingeführt, bei dem dritten Schoppen einer der früher so berühmten Gimmeldinger Handkäse als Freispende zu verabfolgen.

:: **Bad Dürkheim**, 22. Juni. Das „Dürkheimer Tageblatt" brachte dieser Tage folgende Schilderung des Hardenburger Bubenstreiches, der sich während der Freilichtspiele vollzog. Schillers Meisterwerk „Wilhelm Tell" ging auf unserer Hardenburg in Szene. In atemloser Spannung verfolgte das Publikum Szene um Szene und spendete der Künstlerschar den wohlverdienten Beifall in herzlicher Weise. Sehr erfreulich war es auch, daß die Vorstellung durch keinerlei Störungen irgendwelcher Jungäste unliebsam unterbrochen wurde. Noch ganz im Banne der gewaltigen Dichtung stehend, wurden die Gäste durch einen dumpfen Fall und einen lauten Schreckensruf von Fräulein Johanna Maas in die Wirklichkeit zurückgerissen. Ein Stein von 10—15 Kg. wurde, wie wir uns überzeugen konnten, von einem Hardenburger Buben über den Torbogen (Kasse) beim Eingang in den Burghof gebracht (!) und dort über dem Platz von Frl. Maas heruntergestoßen. Wäre der Stein zwei Sekunden früher herabgeworfen worden, so wäre Frl. Maas unbedingt getroffen worden, tödlichen Ausgang oder schwere Verletzung im Gefolge führend. Die Rabeiten der Hardenburger Jugend drohen mit der Zeit gemeingefährlich zu werden. Der Stein hätte auch ein herumspringendes Kind treffen können. Angesichts dieses Vorkommnisses muß der dringliche Ruf nach polizeilicher Beaufsichtigung immer lauter erhoben werden. Es dürfte wohl kaum ein Theater geben, in dem solch skandalöse Störungen immer und immer wieder zu verzeichnen sind."

:: **Heiligenstein**, 22. Juni. Durch das anhaltende Hochwasser, das die Wälder unter Wasser setzte, sind eine Anzahl Füchse aus ihren Jagdgründen vertrieben worden und haben sich an das Rheinhochufer geflüchtet, wo sie jetzt, zum Verdruß der Jagdliebhaber, den Hasen eifrig nachstellen. Sie haben die Kaninchenhöhlen bezogen, nachdem sie auch mit diesen Tieren gründlich aufgeräumt haben. Ihre Frechheit läßt sie von dort aus Ausflüge bis in die unmittelbare Nähe des Dorfes machen. Man hat bis jetzt 8 Füchse gezählt.

:: **Colgenstein**, 22. Juni. Ein fleißiger Bienenschwarm, aus 4 Völkern bestehend, wurde von dem Imker, Oberlehrer Neumüller, eingefangen.

:: **Offersheim**, 22. Juni. Beim Mähen auf den Wiesen fand man hier das Skelett eines etwa 4—5jährigen Kindes, dem der Kopf fehlte. Man nimmt an, daß es durch die Queich angeschwemmt wurde.

:: **Diemasens**, 23. Juni. Bei den Betriebseinstellungen in der Schuhindustrie spielt auch die Frage des Lohnabbaus eine Rolle. Wie verlautet, haben die Arbeiter den ihnen gemachten Vorschlag verschiedener Betriebe, bei einer Lohnkürzung und höchstensverkürzter Arbeitszeit weiterarbeiten zu können, abgelehnt, worauf die Schließung der Betriebe beschlossen wurde. — In den letzten 14 Tagen fanden Einbruchsdiebstähle in den Räumen des Naturheilvereins auf dem Sportplatz und in verschiedenen Kellern statt. Es gelang nun, als Urheber dieser Einbrüche zwei jugendliche Burschen von hier, und zwar auf eigene Angaben des Vaters des einen Burschen hin, festzunehmen.

:: **Aus der Westpfalz**, 22. Juni. In unserer Gegend hält der Preisrückgang in landwirtschaftlichen Produkten an. In Dörfern der Stickinger Höhe kostet das Pfund Butter schon 1.20 und das Ei 10 Pfg. Zahlreiche Landwirte liefern die Milch in die Stadt frei Haus zu 15 Pfg. den Schoppen. Billiges Gemüse jeder Sorte ist allenthalben zu kaufen. Infolge der Geldknappheit ist trotzdem die Kauflust nur gering. Die Händler bezw. Produzenten müssen von den Wochenmärkten immer einen Teil ihrer Vorräte wieder mit nach Hause nehmen.

* **Kusel**, 22. Juni. Wie bestimmt verlautet, soll die Landwirtschaftsschule in Wolfstein nach Lauterecken verlegt werden. Als Gründe der Verlegung werden angeführt: Bessere Zugsverhältnisse im Eisenbahnfahrplan für Lauterecken, damit zusammenhängend ein regerer Schulbesuch, zumal preußische Orte gewillt seien, ihre Söhne mehr nach Lauterecken, das ihnen näher liege, zu schicken; weiterhin die Bereitwilligkeit des Lauterecker Stadtrats, ein neues Schulgebäude mit 2 Lehrerwohnungen zu bauen und zuletzt eine Schulbesuchsminderung für Wolfstein, weil in dieser Umgebung der Zuzug an Schülern bereits allzusehr aufgebraucht sei.

:: **Kaiserslautern**, 22. Juni. Drei Globetrotter, die ihre Habseligkeiten in einem Karren mit sich führen und so zu Fuß die Welt durchreisen wollen, trafen am Montag am Waldschlößchen ein und begaben sich weiter nach Süden. Es sind Ausländer, die verschiedene Sprachen beherrschen.

Nachbargebiete

sw. **Darmstadt**, 22. Juni. Die immer mehr anwachsende Zahl der Automobile läßt die Schattenseite eines an sich begrüßenswerten Verkehrsmittelfortschritts namentlich an Sonntagen besonders scharf heraustreten. Der Abgeordnete Dr. Werner (Dnat.) beantragte beim Landtag, die Regierung zu ersuchen, raschestens in Erwägung zu ziehen, in wie weit der hessische Staat dem badischen Beispiel (Sperre von Landstraßen an Sonntag) folgen könnte.

sw. **Darmstadt**, 22. Juni. Große Diebstähle wurden in einem Geschäft in der Pallaswiesenstraße verübt. Den Tätern, zwei Angestellte der Firma, fielen für mehrere hundert Mark Spiegelglas in die Hände. Das Glas setzten sie bei einem Händler in Mannheim ab. — Das unbefugte Abreißen von Blumen usw. in Vorgärten und Anlagen hat derart überhand genommen, daß das Polizeiamt eine Warnung erlassen und die Beamten besonders auf die Frevler aufmerksam gemacht hat.

MARCHIVUM

Sportliche Rundschau

7. (Jubiläums) Ruder-Regatta der Stuttgarter R. G. am 22. Juni auf dem Neckar in Untertürkheim

Unter reger Anteilnahme der Rudervereine und des Publikums, das trotz eines gleichzeitig stattfindenden wichtigen Fußballspieles äußerst zahlreich erschienen war, fand die diesjährige Regatta in Stuttgart statt. Die Meldungen waren zum aller größten Teil aufrecht erhalten worden, sodaß ein Novum auf einer Regatta, sämtliche angesetzten Vorrennen auch stattzufinden hatten. Das Wetter war der Veranstaltung recht ungünstig, an den Vortagen hatte es heftig geregnet, sodaß das Wasser sehr hoch war und die Startkähne sich losrissen und fliegend gestartet werden mußte. Auch der Regattatag blieb nicht ganz von Regen verschont, trotzdem klappte die Abwicklung der Rennen befriedigend und gegen 7 Uhr war die Veranstaltung beendet. Der gebotene Sport war recht gut, die Rennen waren durchweg von ziemlich gleichwertigen Gegnern bestritten, sodaß es harte Kämpfe absetzte, die oft erst im Ziel entschieden wurden.

Nach Mannheim fielen insgesamt 5 Preise; ein guter Auftakt für die diesjährige Saison. Der Mannheimer R. Kl. gewann den Jungmann- und Zweiten-Achter und den Ermunterungsvierer, sowie im Alleingang den Gast-Vierer, in zwei weiteren Rennen mußte er sich knapp für den zweiten Platz geschlagen bekennen. Die Mannschaften sind durchweg gut durchtrainiert und dürften bei diesen Siegen nicht stehen bleiben. Der R. G. Rheinau war es vergönnt, durch ihren Skuller Fischer den Großen Einer und damit überhaupt das erste Rennen seit Bestehen des Vereins zu gewinnen. Von Ludwigshafen startete nur Welker im Großen Einer und unterlag gegen Fischer-Rheinau. Leer ging auch die Mannheimer R. G. aus, deren Jungmannen noch sehr unfertig sind, auch Schimmer hat weiter begründete Aussicht Jungmann zu bleiben. 4 Erfolge trug der Veranstalter der Regatta, die Stuttgarter R. G. davon, zwei allerdings im Alleingang. Der erste Vierer ist mit Ausnahme von Nr. 1 unverändert vom letzten Jahr und zeigte sich seinen Gegnern weit überlegen. Zwei Siege errang der Karlsruher R. V., dessen Skuller Weber den Jungmann-Einer sehr sicher gewann, während die Studenten den Hochschul-Vierer landeten. Die „Alemannen“-Karlsruhe versagten, die Mannschaften sind noch lange nicht regattareif. Sehr sicher gewannen die Heilbronner „Schwaben“ den Zweiten Vierer ebenso der Heidelberger R. Kl. den Junior-Vierer, während die Heidelberger R. G. ein aussichtsreiches Achter-Rennen infolge eines Defektes vorzeitig aufgeben mußte. Sehr tüchtige Jungmannen brachte Ulm aufs Wasser, die noch viel Gutes versprechen. Von den Vereinen, die ohne Sieg abreisen mußten, ist vor allem der Offenbacher R. V. „Hellas“ zu nennen, dessen Mannschaften zielbewußte Arbeit zeigten und die die Saison nicht ohne vollen Erfolg beenden dürften. Auch der R. Kl. „Saar“-Saarbrücken hatte es sich nicht nehmen lassen mit seinen Vierer- und Achtermannschaften zu erscheinen, konnte jedoch keinen ersten Preis erzielen. Die Leute mußten in geliehenen Booten rudern, da die eigenen noch von der Trierer Regatta her beschädigt sind. Dann sind noch „Neptun“-Konstanz, Cannstatt und Marbach zu nennen, während Eßlingen und Tübingen ihre Meldungen nicht erfüllten.

Zum Schluß sei mir noch kurz in eigener Sache einige Worte gestattet: Mein verehrter Kollege Hugo Bardorff konnte mit Berechtigung nach der Mainzer Regatta im „Rudersport“ feststellen, daß für die Presse in jeder Beziehung gut gesorgt gewesen war. Hier ist gerade das Gegenteil der Fall: Der einzige Vertreter der Fachpresse, meine Wenigkeit, war im Zielrichterhäuschen gerade noch geduldet; der Regatta-Ausschuß hatte die löbl. Absicht, für die gesamte Presse einen einheitlichen Bericht anzufertigen; daß die Fachpresse, und m. E. auch die seriösen Tageszeitungen, dies ablehnen müssen, hätte den sonst so rührigen Stuttgarter Herren eigentlich bekannt sein dürfen. Der Mannheimer R. Kl. bereitete seinen siegreich heimkehrenden Mannschaften am Bahnhof einen festlichen Empfang. E. O. . . .mer

Ergebnisse:

1. Zweiter Vierer. (Ehrenpreis, gegeben vom Bankhaus E. Wittmann & Co., Stuttgart). Entscheidungsrennen: 1. Heilbronner R. V. „Schwaben“. (Karl Müller, Karl Kämpf, Erwin Reuffer, Ernst Eppinger; St. Hans Ewert) 4.59. 2. Mannheimer R. Kl. v. 1875, 5.01. RV. „Hellas“, Offenbach bei 1000 Mtr. aufgegeben. Der Start gelingt erst beim dritten Mal. Heilbronn übernimmt sofort das Kommando, dicht gefolgt von Mannheim, Offenbach bleibt sogleich zurück und gibt bei 1000 Mtr. auf. Die übrigen beiden Boote liefern sich einen erbitterten Kampf, den Heilbronn mit Luftkastenlänge für sich entscheiden kann.

2. Jungmann-Vierer (Ehrenpreis, Staatspreis gegeben vom Württemb. Staatspräsidenten Bazille). Entscheidungsrennen: 1. Ulmer R. Kl. „Donau“ (Hermann Falschebner, Willy Köpfer, Werner Dopfer, Ernst Maier; St. Albrecht Munger), 5.22,2. 2. Mannheimer R. Kl. v. 1875, 5.26. 3. Stuttgarter R. G. v. 1899, 5.34,8. Bußgelungener Start, nachdem sofort Ulm die Führung, gefolgt von Mannheim und Stuttgart, übernimmt. Ulm gewinnt mit einer Länge, Stuttgart weitere 2 Längen zurück.

3. Gast-Vierer. (Herausforderungspreis, gegeben von der Stadt Stuttgart). Mannheimer R. Kl. v. 1875. (Karl Kalbitzer, Kurt Treutle, Walter Kißler, Gerh. Sieber; St. Rich. Ritter), in 6.16 Alleingang.

4. Jungmann-Einer. (Ehrenpreis, gegeben von Herrn Kommerzienrat Albert Schwarz). Entscheidungsrennen: 1. Karlsruher R. V. v. 1879 (Wald. Moder), 6.06. 2. Ulmer R. Kl. „Donau“ (Erich Bernheimer), 6.19,8. 3. R. G. Mannheim (Otto Schimmer), 6.36,8. Der Karlsruher Skuller führt vom Start bis ins Ziel und siegt überlegen mit 5 Längen. Mannheim sehr weit zurück.

5. Junior-Vierer. (Ehrenpreis, gegeben von Herrn Erich Roth, Stuttgart). Entscheidungsrennen: 1. Heidelberger R. Kl. v. 1875. (Fritz Appferer, Jürgen Stange, Heinrich Bender, Joachim Richter; St. Dr. Franz Engelbert), 5.30,8. 2. Mannheimer R. Kl. v. 1875, 5.45. 3. R. Kl. „Saar“-Saarbrücken, 5.48,4. Die Heidelberger führen über die ganze Strecke und gewinnen überlegen mit 2 Längen, das dritte Boot eine weitere Länge zurück.

6. Jubiläums-Vierer, ohne Steuermann. (Herausforderungspreis, gestiftet von Mitgliedern der Stuttgarter Rudergesellschaft). Stuttgarter R. G. v. 1899 (Hans Schäfer, Fritz Ehmann, Otto Berger, Karl Hermann), in 6.10,8 Alleingang.

7. Jungmann-Achter. (Ehrenpr., gegeben von der Floreal-Metall A. G. Schwäb. Gmünd). Entscheidungsrennen: 1. Mannheimer R. Kl. v. 1875. (Erich Rist, Herm. Unger, Kurt Bode, Heinz Kemter, Erw. Leienfetter, Willy Meyer, Rob. Kayser, Kurt Dreher; St. Hch. Scholl), 5.19,8. Heidelberger R. G. v. 1898 kurz vor dem Ziel aufgegeben. Mannheim übernimmt vom Start aus die Führung und liegt in guter Form. Heidelberg stoppt kurz vor dem Ziel wegen Bootsdefekt ab.

8. Hochschul-Vierer. (Ehrenpreis, gegeben von Herrn Dr. h. c. Fuchs, Stuttgart). 1. Karlsruher R. V. v. 1879. (Erich Merk, Werner Rothe, Herm. Berberich, Erich Moder; St. Adolf Deboffi), 6.40,1. 2. Heidelberger R. Kl. v. 1875, 6.42,4. 3. Stuttgarter R. C. v. 1899, 7.08. Die Karlsruher Studenten führen nach gut gelungenem Start vor Heidelberg und Stuttgart. Die Reihenfolge bleibt bis ins Ziel unverändert. Karlsruhe gewinnt nach Kampf mit einer Länge. Weit hinterher Stuttgart.

9. Doppel-Zweier. Fällt aus, da nur Meldung des Karlsruher R. V. v. 1879 vorliegt.

10. Württemberg-Vierer. (Herausforderungspreis, gegeben vom Staatspräsidenten v. Württemberg). Stuttgarter R. G. v. 1899. (Hans Schäfer, Fritz Ehmann, Otto Berger, Karl Herrmann; St. Herm. Allmann) in 6.17,8 Alleingang.

11. Zweiter Achter. (Ehrenpreis, gegeben von Herrn Dr. h. c. Karl Boß, Schwäb. Gmünd). Entscheidungsrennen: 1. Mannheimer R. Kl. v. 1875 (Herm. Rott, Gerh. Sieber, Karl Kalbitzer, Otto Lenz; Walt. Kißler, Kurt Treutle, Hans Bucher, Alfr. Reinig; St. Rich. Ritter), 5.19,2. 2. „Hellas“-Offenbach, 5.19,8. Mannheim führt über die ganze Bahn und gewinnt sehr sicher, überlegen mit 2 Längen gegen die sich tapfer wehrenden Offenbacher.

12. Mercedes-Vierer. (Herausforderungspreis, gegeben im Jahre 1923 von der Daimler-Motoren A. G. Stuttgart-Untertürkheim). Entscheidungsrennen: 1. Stuttgarter R. G. v. 1899 (Hans Schäfer, Fritz Ehmann, Otto Berger, Karl Herrmann; St. Otto Maier) 5.27,8. 2. Ulmer R. Kl. „Donau“, 5.28,8. Sehr scharfes Rennen über die ganze Strecke mit wechselnder Führung; Stuttgart rudert bei 1200 Meter einen knappen Vorsprung heraus, den es bis ins Ziel festhält. Ein Ulmer Spurt kam zu spät.

13. Rotenberg-Einer. (Ehrenpreis, gegeben von den Damen der Stuttgarter Rudergesellschaft v. 1899), 1. Entscheidungsrennen: 1. R. G. Mannheim-Rheinau (Willy Fischer). 2. Ludwigshafener R. V. (Stefan Welker). Die beiden Skuller steuern von Anfang an sehr schlecht und erfolgt bei ca. 1500 Mtr. Kollision. Der Schiedsrichter läßt an dieser Stelle neu starten und gewinnt Fischer mit einer guten Länge, gleichzeitig für seinen Verein den ersten Sieg auf einer offenen Verbands-Regatta erkämpfend.

14. Ermunterungs-Vierer. (Ehrenpreis, gegeben von Herrn Hofkünstler Felix Fleischhauer). Entscheidungsrennen: 1. Mannheimer R. Kl. v. 1875. (Walt. Oldenbürger, Erich Schmelzer, Friedr. Scholl, Karl Haas; St. Hch. Scholl), 5.41,8. 2. R. V. „Hellas“-Offenbach, 5.47,8. Marbacher R. V. bei 1200 Mtr. aufgegeben. Sehr scharfes Rennen unter Führung des Mannheimer Klub, der von Offenbach bedrängt, mit einer guten Länge gewinnt. Marbach sprach nie mit und gibt bei 1200 Meter auf.

15. Großer Achter (Herausforderungspreis, gegeben im Jahre 1923 von Dr. h. c. Robert Bosch). 1. Stuttgarter R. G. v. 1899 (Hans Schäfer, Hans Bärmann, Willy Wirth, Kurt Altsar, Alb. Blumenschein, Fritz Ehmann, Otto Berger, Karl Herrmann; St. A. O. Müller), 5.06. 2. Heilbronner R. G. „Schwaben“, 5.09,6. Scharfes Rennen unter wechselnder Führung, das kurze Zeit gegen Ende des Rennens die Heilbronner an der Spitze sieht, da Stuttgart sehr schlecht gesteuert wird. Mit einer halben Länge gewonnen. E. O. . . .mer.

Gerichtszeitung

):(**Guben**, 22. Juni. Das Schwurgericht in Guben verurteilte den 24 Jahre alten aus Berlin stammenden Schlosser Munzinger wegen Raubmords zum Tode. Munzinger hatte mit zwei Spießgesellen vor einem Jahre eine Reise in die Umgebung von Guben unternommen, um in den dortigen Dörfern Einbrüche zu verüben. M. ermordete einen seiner Komplizen und raubte ihm seinen Anteil an dem Diebesgut.

):(**Königshütte**, 22. Juni. Vor der hiesigen Strafkammer fand die Verhandlung wegen der im Oktober 1923 erfolgten Sprengung des Deutschen Theaters statt. Die Anklage, die Sprengung inszeniert zu haben und teilweise daran beteiligt gewesen zu sein, richtete sich gegen 12 den aufständischen Verbänden angehörenden Personen. Da die Beweisaufnahme und die Zeugenaussagen nach der Ansicht des Gerichts nichts Belastendes erbrachten, wurden sämtliche Angeklagte freigesprochen.

Neues aus aller Welt

— **Reichgewordene Erfinder.** Nicht alle Erfinder bedeutender und unentbehrlicher Dinge sind reich geworden. So starb der Erfinder des Streichholzes, Preshel, in den dürftigsten Verhältnissen. Es läßt sich indes eine Besserung, früheren Zeiten gegenüber, feststellen, und das ist dem Patentrecht zu verdanken. Namentlich in Amerika sind die Erfinder jetzt beinahe auf Lorbeeren gebettet. Riesige Vermögen, große Paläste und flottgehende Fabriken und Geschäfte verdanken ihre Existenz den patentierten Erfindungen. Irgendein ehrsamer Bürger, den es ärgerte, daß die Haarnadeln seiner Frau immer aus den Haaren rutschten, bog die Nadeln wellenförmig. So war seiner Frau geholfen. Das Patent, das er darauf nahm, brachte ihm aber ein Millionenvermögen. Die Kleiderhaken haben eine ähnliche Geschichte. Ein Herr nahm ein Patent auf die kleinen Haken mit einem Buckel — er ist ein schwerreicher Fabrikant geworden. Der Bleistift mit Radiergummi am anderen Ende hat seinem Erfinder keine Millionen gebracht, weil dieser schnell Geld sehen wollte und das Patent für „nur“ vierhunderttausend Mark sofort verkaufte. Die blechernen Krampen an den Schnürstiefeln brachten ihrem Erfinder Heaton ebenfalls ein Vermögen. Die zweizinkige Metallzwinge der „Muster ohne Wert“-Beutel, der Bierflaschenverschluß, der Kaugummi: das alles, sowie tausenderlei Kleinigkeiten, an die kein Mensch denkt, weil ihn der tägliche Gebrauch nicht ahnen läßt, wie hilflos er ohne diese Dinge und „Nichtigkeiten“ wäre, hat den Erfindern Vermögen, Paläste, riesige Fabrikanlagen verschafft. Erfinder sein wird sich heutzutage fast immer bezahlt machen.

— **Die Bevölkerungszahl der Vereinigten Staaten.** Nach den amtlichen Ziffern, die soeben in Neuyork veröffentlicht werden, betrug die Bevölkerung der Vereinigten Staaten von Nordamerika am 1. Januar ds. Js. rund 112 826 000. Das bedeutet einen Zuwachs von annähernd 2 Millionen während des vergangenen Jahres. Im Jahre 1920 betrug die Bevölkerung 105 710 620.

Herausgeber, Drucker und Verleger: Druckerei Dr. Haas, Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H. Mannheim, E 6, 2.
Direktion: Ferdinand Heyme — Chefredakteur: Kurt Fischer.
Verantwortlich für den politischen und volkswirtschaftlichen Teil: Kurt Fischer; für das Feuilleton: Dr. Fritz Hammes; für Kommunalpolitik und Lokales: Richard Schönfelder; für Sport und Neues aus aller Welt: Willy Müller; für Handelsnachrichten, Aus dem Lande, Nachbargebiete, Gericht u. den übrig. redaktionellen Teil: Fr. Kircher; für Anzeigen: J. Bernhardt.

Offene Stellen

Tüchtiger
Lithograph
für Merkantil-Arbeiten
sofort gesucht
Druckerei Dr. Haas
Mannheimer General-Anzeiger
E 6, 2.

Neugründung
Gewandter Fachmann sucht jüngeren Teilhaber mit Kapital für rentables kaufmännisches Unternehmen. Ang. u. Y. L. 8 an die Geschäftsstelle. *1765

I. Direktrice
zur selbständigen Leitung eines feinen Maß-Ateliers für bald oder später E70
gesucht.
Damen, die in gleicher Stellung in ersten Häusern erfolgreich tätig waren, wollen Angebote mit Zeugnisabschrift, Bild und Gehaltsanspr. einreichen unter S. Z. 2556 an Rudolf Mosse, Stuttgart.

Fleißiges sauberes Mädchen
das perfekt kochen kann, zum 1. Juli gesucht. Zeugnisse oder Empfehlungen erwünscht.
Metzgerei Rosenfelder, J 1, 11.
Daselbst auch
junges Mädchen
zu 1 Kinde, am liebsten von auswärts, mit Familienanschluß gesucht. *1796

Klavierspieler(in)
3mal wöchentl. z. Nebenberuf gesucht. Ang. unt. Y. Y. 21 an die Gesch. *1782

Ehrliches ordentliches
Mädchen
für Hausarbeit v. morg. bis nachm. sofort gesucht.
Würzberger, N 7, 1. *1628

Mädchen
aus gut. Hause (evtl. Kinderpflegerin) zu ein. 10 Mon. alten Kind und z. Mithilfe im Haushalt gesucht. Angeb. unt. Y. K. 15 a. d. Gesch. *1771

Tüchtiges *1757
Mädchen
das schon in besserem Haushalt gedient hat, bei hohem Lohn gesucht.
Kaiserring 24, II.

Das prachtvollste Schneeweiß
zeigt jede Wäsche, die mit Sil behandelt ist.
SIL Henkel's beliebtes Bleich- und Waschmittel
als Zusatz zur Seifenlauge gebraucht, ersetzt die umständliche Rasenbleiche.
— OHNE CHLOR —
S101

Stellen-Gesuche

Mannheim. Beamt.
abgeb., 50er J., kaufm. geb., sucht passende
Beschäftigung.
Angeb. unt. Y. U. 17 a. d. Geschäftsst. B2905

Buchhalter
firm im ganzen Bankwesen, sucht Stellung z. sofort oder später, in jeder Branche. Angeb. u. Y. P. 12 a. d. Gesch. B2903

Chauffeur
21 J., gel. Automechan., mit allen vorkomm. Reparaturarbeit. vertraut sucht Stellung.
Angeb. unt. Y. H. 5 a. d. Geschäftsst. B2900

Sohn aus gut. Familie sucht B2902
Lehrstelle
in Elektro- od. Maschinentechnik. Angeb. unt. Y. O. 11 a. d. Gesch.

Perfekte
Stenotypistin
wünscht sich per 1. Aug. 1924 zu veränd. *1784
Gefl. Angeb. unter Y. Z. 22 an die Gesch.

Tüchtige
Wäscherin
sucht Arbeit. Frau Koch, Karlsruherstr. 11, Rheinauhafen, Hrd. Postkarte genügt. *1797

Verkäufe.

Piano
schwarz, neu, herrl. Tonfülle, verkauft Geisel, Werftstr. 35, Hof part. B2904

Piano
neu, billigst z. verkauf.
O 7, 14 bei Bück
G 184

Neu-Ostheim.
2-Familien-Haus
m. per August/Septemb. freiwerdend. 6-Zimmer-Wohnung sofort zu verkaufen durch E230
J. Zilles, Immobilien- und Hypotheken-Geschäft
N 5, 1. Mannheim. Tel. 876.

Waldhorn
(Handarbeit) zu verkauf. Karl Brenner, N 5, 7. Angus. zw. 1—2 Uhr. B2911

Prachtvolle
Klubsessel
billig abzugeben. B2840
Binzenhöfer, Möbellager Augartenstr. 38.

Pianos
eigene sowie fremde Fabrikate sehr preiswert.
Scharf u. Hauk, Piano- u. Flügelfabrik, B2535 C 4, 4.

Fast neuer *1772
Promenadewagen
(Brennabor) bill. abzug. Rennert, T 1, 4, 4. St.

Hocheleg.
Kinderwagen
ganz vernickelt, billig zu verkaufen. Bundschuh, Weberstr. 3, 3. St. *1774

Damen- u. Herrenräder äußerst billig abzugeben. Schwetzingerstr. 134, Fahrradhandl. *1799

1 N.S.U. Poni
2½ PS., fast neu, sehr billig verk. sowie neue Herren- und Damenräder sehr billig. Karl Weiß, Augartenstr. 48. *1790

Staunend billig! B2880
Damen- und Herrenräder
nur bestes Fabrikat zu verk. J 4a, 5, Koch

Mehrere
Leiterwagen
billig abzugeben.
Binzenhöfer Schrein. Augartenstr. 38. *2847

2 Prunkstücke
ein neues hocheleg. herrschaftl. Schlafzimmer mit Intarsieneinlagen und Bronzeverzierungen sowie ein Eßzimmer, noch neu, komplett mit Standuhr und erstkl. Ausführung (beide Zimmer sind hochecht) sind umständehalber um den billigen Wertpreis zu verkaufen. Ludwigshafen, Schützenstr. 14 bei Rohmer. B2914

Gebraucht. Herrenrad
und Kinderbett billig zu verkaufen. Hoffmann, Gontardstr. 17. *1732

Gebr. Küchenherde
verk. Krebs, J 7, 11. E13

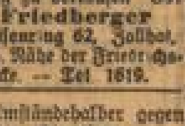
1 Herrenanzug
1 Damen-Tagesschal zu verkauf. Hoffmann, H 7, 17, II. Stck. B2918

Zu verkaufen
eleg. Abendkleid, hellgr. Kostüm, Gr. 44, Gutaway, fast neu, schlanke Figur. Anzus. Dienstag u. Mittwoch zw. 12—3. Schwetzingerstraße 160, Sonnadeg, 1 Tr. r. *1798

Eich. Schlafzimmer
mit 3tür. Spiegelschrank billig zu verk. Göbelein, U 5, 21. *1794

Schöner B2896
Herrenzimmertisch
viereckig, zu verk. Hahn, Tattersallstr. 20, III.

Für Kraftfahrer
gut erhaltene Lederjacke billig zu verkauf. *1795
Kunert, Luzenberg, Eisenstraße 16.



Transportwagen für Handel, Industrie u. Gewerbe sowie Leiterwagen billig zu verkaufen S59
Friedberger
Luisenring 62, Zollhof, in d. Nähe der Friedrichsbrücke. — Tel 1819.

Umständehalber gegen Gebot abzugeben:
1 fl. Kassenschrank,
2 u. Schreibt. m. Stühle
2 Stehpulte mit Hocker
1 Sofa *1783
1 Kochkessel,
1 Tisch mit Aufsatz
diverse verz. Eisenfässer.
Anzusehen ab Freitag.
G. B. G., Kleinfeldstr. 29

Für Wirte.
Kl. u. gr. Eiskiste, 1 Fettpresse billig abzugeben. Desgl. 1 Kinderklappstuhl. Steinmetz, F 6, 12/13, 1 Tr. l. *1779

Kauf-Gesuche

Kleines rentables
Geschäft
mit 2—3 Zimm., Branche gleich, gegen Kasse zu kaufen gesucht. Ang. unt. Z. H. 30 an die Geschäftsstelle. *1791

Flügel
neu, erstkl. Firma, aus Privat gesucht. *1787
Angeb. mit Preis u. Z. C. 25 an die Gesch.

Bin Käufer
für ein Haus in guter Lage mit gegen Tausch freiwerdender Wohnung. Ausführliche Angeb. u. V. T. 41 an die Geschäftsst. *1650

Miet-Gesuche

Für ruhige Werkstätte irgend
einen Raum
(Lindenhof, Bahnhofsnähe) gesucht. Elektr. Licht bevorzugt. Angebote unter Z. M. 34 an die Geschäftsstelle. *802

Für Vermieter kostenlos
Möbl. Zimmer vermiet. u. sucht Wohnungsbüro, Schwetzingerstr. 16, am Tattersall. Telef. 5549. *1793

Zwei jg. Herren suchen per sofort oder 1. Juli gut möbl.
Wohn- und Schlafzimmer
evtl. auch nur Schlafzimmer. Angeb. unter Y. V. 18 an die Gesch. *1778

Junger Mann
21 J., sucht bess. möbl.
Zimmer
in d. Nähe v. Paradepl. Angeb. unt. Y. X. 20 an die Geschäftsst. *1781

Auf 1. Juli suchen wir f. neueintret. Herrn
möbliertes Zimmer
Mannh. Gummifabrik Schwetzingerstraße. 929

Hiesiges Geschäftshaus sucht für seinen Reisenden per 1. Juli
Möbl. Zimmer
in guter Lage. B2896
Angeb. mit Preisang. unt. X. E. 77 an die Geschäftsstelle.

Beschlagnahmefreie
2 Zimmer u. Küche
mögl. Vorort M'heims zu mieten gesucht. Ang. u. Z. G. 29 an die Gesch. B2910

Wohnungstausch
4—6 Zi. Zimmerwohnung mit Gartenb. u. Kleintierhaltg. in Heidelberg-Schlierbach (Nähe Bahnhof) geg. 2—3 Zimmer in Mannheim zu tauschen gesucht. Angeb. unt. Z. O. 38 a. d. Geschäftsst. *1806

Kleiner Laden
zu miet. gesucht. B2909
Angeb. unt. Z. E. 27 an die Geschäftsstelle.

MARCHIVUM

Billigste Stoff-Tage!

Die billigen Angebote geben Ihnen die Möglichkeit, trotz der Geldknappheit den dringendsten Bedarf zu decken. Der grosse Andrang beweist dies.

Ausländische Ia. Sommer-Kostüm- und Kleiderstoffe

elegante Covertcoat, Ripse, Gabardine, Streifen usw.

Meter **6.95**

130–140 cm breit

Reine Wolle

Ein großer Zufallskauf!

Lodenstoffe 130 cm breit gemustert 1.95
Eleg. Frottés doppelt in enormer Auswahl 1.95
Einfarbiger Crêpes schöne Farben . . . . . 88 Pf.
Wollmusseline . . 1.30
Dekorations-Satins 1.20
Bedruckte Blusen-Seide 6.50
Bedruckte Crêpes 1.. cm breit, elegante Muster 1.38

Waschmusseline . . . . . 95, 85, 75. **50** Pf.
Cheviot reine Wolle **2.10**
10000 Mtr. Hemdentuche per Meter . . . . . 85, 70, **58** Pf.
Weiss Frotté beste Qualität 100 cm breit Mtr **2.50**
Perkal für Hemden . . . . . . Mtr. **85** Pf.
Nadelstreifen geköpert für Kleidchen **75** Pf.
Windjackenstoff . . . Mtr. **1.20**
Seiden-Trikot schönste Farben, doppelbreit . **5.75**

KRAMP
D 3, 7 Planken
part. u. I. Etage

Riesenauswahl ohne Gleichen!

National-Theater Mannheim

Dienstag, den 24. Juni 1924
Miete B, Reihe drei, 8. Vorstellung.
F. V. B. Nr. 2411—2740
B. V. B. Nr. 301—350 und 3151—3250 und 3286—3300 und 5351—5450
Zum ersten Male:
Der Teufelsschüler
Komödie in drei 3 Aufzügen von Bernhard Shaw
Deutsch von Siegfried Trebitsch
In Szene gesetzt von Artur Holz
Szenenbild: Heinz Grete
Anfang 7½ Uhr. Ende nach 9½ Uhr.

Frau Dudgeon . . . . . . Julie Sanden
Richard Dudgeon } ihre Söhne . Robert Vogel
Christoph Dudgeon } . Ernst Sladeck
William Dudgeon } ihre Schwäger . Alex Kökert
Titus Dudgeon } . Fritz Linn
Frau William Dudgeon . . . Lene Blankenfeld
Frau Titus Dudgeon . . . Else de Lank
Essie, Pflegetochter der Frau Dudgeon . . . Helene Leydenius
Anthony Anderson, Pastor . . Hans Godeck
Judith, seine Frau . . . . . Else von Hagen
Hawkins, Advokat . . . . . Georg Köhler
General Burgoyne . . . . . Wilhelm Kolmar
Major Swindon . . . . . Willi Birgel
Feldprediger Brudenell . . . Karl Neumann-Hoditz
Fiedwebel . . . . Josef Renkert
Büttel . . . . Hermann Trembich
Scharfrichter . . . . . . Franz Bartenstein

Offiziere, Soldaten, Volk.
Ort der Handlung: Websterbridge, eine kleine Stadt in Nordamerika.
Zeit: Das Jahr 1777 (Amerikan. Befreiungskrieg). 45

Neues Theater im Rosengarten

Vorstellung Nr. 126 127 128
Dienstag, den 24., Mittwoch, den 25. und Donnerstag, den 26. Juni 1924

Gastspiel des Russisch-Deutschen Theaters
„Der blaue Vogel"
Dir. J. Jushny

150 Vorstellungen in London, 300 Vorstellungen in Berlin.

Spielfolge: 1. Abendglocken, 2. Der König mit seinen Tambour, 3. Kosaken, 4. Time is money, 5. Burlaki, 6. American Bar, 7. Leierkasten, 8. Spanischer Tanz, 9. Strelotscheck, 10. Mondscheinpolka oder: Der verliebte Friseur, 11. Tschastuschki, 12. In den Bergen des Kaukasus.

Conferencier: J. Jushny. Musikalischer Leiter N. Gogotzky. Regisseur A. Preobraschensky.

Mitwirkende Damen: Arti Behell, Morewa, Sasonzewa, Scharoff, Tokarskaja, Valeri

Herren: Dobrinin, Bassanett, Dubrowsky, Preobraschensky, Ukrainsky, Donskoi, Chadji

Anfang jeweils 8 Uhr 82

2 Großfilme der National-Film A. G.
Zalamori, 6 Akte
mit **Fern Andra**
Die Taucher, 6 Akte
Grosse Sensationen S189
Vorstellungen 4, 6 und 8 Uhr.
Unsere ermäßigten Preise: 3. Platz 55 Pfg., 2. Platz 90 Pfg., 1. Platz Mk. 1.20
Sperrsitz Mk. 1.50, Balkon Mk. 1.80
Palast-Theater.

Schreibmaschinen

verschied. Systeme, gut erhalten, auch Sichtschrift von Mark 60.—, neue von Mk. 135.— an

Fr. Schlecht 4006
P 2, 8/9 Spezial-Reparaturwerkstätte Tel. 30.

Edelweiss Oel-Gesellschaft m. b. H.
Tattersallstrasse 12
Telephon 8834

Kristallzucker	Pfd.	35
Grießzucker	Pfund	37
Würfelzucker	i. Pak. Pfund	42
Mandeln süße	Pfund	1.60
Sultaninen	Pfund	80
Korinthen	Pfund	72
Friedrichsdorfer **Zwieback**	Paket	14
Erbsen gelb	Pfund	15
Hartweizengrieß	Pfund	24
Patna-Tafelreis		28

Für die zahlreichen Kranzspenden sowie aufrichtiger Beweise treuen Gedenkens anlässlich des Hinscheidens meines lieben Mannes

Herrn Gottlieb Kuntz

sage tiefgefühlten Dank. *1805

Insbesondere herzl. Dank Herrn Stadtpfarrer Schenkel für die trostreichen Worte, desgleichen an die Abordnung der Firma Benz & Co., Herrn Dr. med. Ascher, sowie den Niederbronner Schwestern ebenfalls für die aufopfernde Hingabe innigsten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Frau Margarete Kuntz.

SCHAUBURG

Nur noch 3 Tage!

Die Glocke
5 Akte
frei nach Schillerschen Motiven bearbeitet und inszeniert von **Franz Hofer**.
In der Hauptrolle:
Grita van Ryt

Fix und Fax
I. als Schaumschläger
Groteske in 2 Akten
II. in Wild-West!
Groteske in 2 Akten

Einlage!
Beginn 6 und 8 Uhr!
*1811

Heirat

Einheirat

Geschäftstochter, 25 J., ev., ang. Aeußere, mit Aussteuer, wünscht, da es ihr an pass. Herrenbekanntschaft fehlt, mit solid., strebsamen Herrn in Briefwechsel z. treten. Gefl. Angeb. unt. X. Q. 88 an die Geschäftsst. *1739

Geb. Frl. Ende 30, kath., häusl. u. sparf., wünscht geb. Herrn z. Gründung eines trauten

Heims

kennen zu lernen. Vermögen u. Wohng. vorh. Zuschr. unt. Y. W. 19 an die Geschäftsst. erb. *1780

2 geb. alleinst. Damen, gute Hausfr., suchen die Bekanntsch. zweier Herren in sicherer Position, im Alter von 45—55 J., zwecks *1768

späterer Heirat.

Wohnung vorh. Zuschr. mit Bild unt. Y. N. 10 an die Gesch.

Nachlaß-Versteigerung.

Donnerstag, den 26. Juni 1924, vormittags 9½ Uhr und nachmittags 2 Uhr,
im Saale des grünen Hauses U 1, 1
vollst. Betten mit und ohne Roßhaarmatratzen, Schränke, Nachttische, Weißzeugkommode, Handtuchgestell, Nähmaschine, Tische, Stühle, Küchenschrank, Geschirrschrank, Bilder, Spiegel, Regulator, Blumentisch, Gaslampen, Gasherd rc. 4972
ferner im Auftrag freiwillig:
1 Büfett reich geschnitzt, ohne Aufsatz, Flurgarderobe, Nachttische, vollst. Betten, Kinderbetten, Triumphstuhl, 2 Schulbänke einsitzig, Herrenzimmerlich Kindermöbel, 2 Gasherde, 1 Chaiselongue m. Decke, 2 Staffeleien, Kleiderschränke, Vertikow, Oelbilder, Figuren, Broncen, 1 Singer-Nähmaschine, Küchengeschirre und verschiedener Hausrat.
1 hell lack. Schlafzimmer (bereits neu), 2 Bettstellen mit Drahtröste, Wollmatratzen, 2 Nachttische, Waschkommode m. Spiegelaufsatz, Spiegelschrank 1 Küchenschrank, Tisch, 2 Hocker, Ausziehtisch, 4 Lederstühle, Blumenkrippe, Waschzuber mit Bock, 1 Sparkochherd (alles fast neu)
1 Paddelboot mit Zubehör
Ortsrichter **Julius Knapp, U 3, 10**
gerichtlich beeid. Schätzer Telephon 3036

Nachlass-Versteigerung.

Mittwoch, 25. Juni ds. Js., nachmittags 2 Uhr, versteigere ich im Auftrage der Erben auf Ableben der Frau Regina Kerner Wwe. in Mannheim, **B 2, 16 III,** die nachverzeichneten Fahrnisse meistbietend gegen Barzahlung: 4982

3 aufgerüst. Betten, pol. Schränke, 1 Spiegelschrank, Sofa, Wasch- u. Nachttische, Sofa mit Umbau, Tische, Stühle, Bilder, Regulator, Serviertisch, Konsol mit Spiegel, Vorhänge, Küchenschrank, u. Küchenbüfett, etwas Geschirr, Frauenkleidung, Wäsche und sonstigen Haushalt.

Ortsrichter **G. Landsittel,** Tel. 7309
gerichtl. beeidigter Schätzer.

Kredite von Mk. 100.— bis 4000.—

vermitteln wir auf Dollarbasis an kreditwürdige Personen und Geschäftsleute. Reelle Anfragen an:
Bankhaus B. Hougée & Co.
Bonn a. Rhein Nr. 92 [A.-E. 1161]

S3

Fräulein erteilt an Anfänger gründlichen *1783

Klavier-Unterricht.

Anmeld. bei Weber, B 4, 5, ptr. *1785

Ich habe mich hier niedergelassen als

Facharzt für Nerven- und Gemütskrankheiten

Dr. Oskar Gelbke,
Kaiserring 26 Fernruf 9979
Sprechstunden: 9—11 vormittags und 3—5 nachmittags.
E165

Motorräder

1,3 PS. N. S. U. 1 Zylinder
Modell 23, gebraucht,
1 K. G. mit Seitenwagen
elektr. Beleuchtung u. Boschhorn, gebraucht.
Beide Maschinen in gut. Zustand u. fahrbereit
billigst abzugeben.
Angebote erbeten unter D. S. 105 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 4960

Benzin- u. Lager-Fässer

schwarz u. verzinkt in allen Größen abzugeben.
Max Rothschild & Co.
Telephon 6047, 7598, 7697. [illegible]

Zucker	Pfd. Mk.	0.34
Weißmehl	. . . . . .	0.14
Tafelmargarine	. .	0.55
Reine Kernseife	Doppelstück . .	0.14
Holl. Kakao	. . . Pfd. Mk.	0.75
Marmelade	. . . . . .	0.35

Außerdem sämtl. Lebensmittel zu den billigsten Preisen. *1816

Friedrich Schreckenberger

H 3, 8a, Bellstr. 25, Mittelstr. 97
Pflügersgrundstraße 37
Waldhofstraße 3
Käfertal: Grauer Weg. **Feudenheim:** Neckarstraße 25. **Neckarau:** Wingertstr. 22. **Seckenheim:** Hildastr. 23. **Neckarhausen:** Hauptstr. 18

Gaggenau
Hotel Grüner Hof
Neu renoviert. Gut eingerichtete Fremdenzimmer. Forellen. Mäßige Preise. S141 A. Westermann.

Auf 3 Monat Ziel!
kaufen Sie *1800
Damen- u. Herren-Marken-Fahrräder
in Qualität u. Ausführung unübertroffen bei dem Vertreter **Schäfer,** Rheinhäuserstraße 37, 1 Tr.

Geldverkehr.

M. 3000

von Geschäftsmann zu leih. gesucht, auf 1 Jahr. Sicherheit freies Haus u. Geschäft (nur v. Selbstgeber). Angebote unter Y. T. 16 an die Gesch. *1777

„Rund um die Rosenhöhe"

120 km Rennen zu Darmstadt auf schlechten, kurvenreichen Odenwaldstrassen 1. Sieger Seeger-Mannheim in 1 Stunde 53 Minuten auf

Hecker-Tourenmaschine.

Sport-Modell :: :: Kleine Hecker
Modernstes, rassigstes u. zuverlässigstes
Deutsches Viertakt-Motorrad.
Neue Preise
Generalvertretung: 4962
J. B. Rößlein, Mannheim, C 1, 13
Abtlg. Motorfahrzeuge
Reparaturwerkstätte für Motorräder
Benzin — Oel — Zubehör

Frau Schnatterich

Ausschneiden und aufbewahren! Es folgt ein Preisausschreiben!

9.

Beim Geschäfts-Jubiläum in Groß-Salze hat Frau Schnatterich während des Tanzes mit Herrn Piedeschiele verschiedene Blessuren durch dessen Plattfüße davongetragen und hat sich vorgenommen, nie wieder mit einem [illegible] zu verkehren. Nachdem sie sich [illegible] erholt hat [illegible] Kukirol-Fußbäder anwandte, ging das sehr schnell, beschließt sie eine [illegible]reise in ihrer 120pferdigen, zweistöckigen, sechsräderigen, mit allem Komfort der Neuzeit ausgestatteten Riesen-Zentralheizungs-Radio-Wintergarten-Limousine, der Erfindung eines durch [illegible] [illegible] Kukirol-Hühneraugen-Pflaster und Kukirol-Fußbad im Auto verstauen, denn, so erklärt sie ihrer Gesellschafterin, Alles, was Kukirol heißt, ist Qualitätsware. [illegible] Dr. med. Campe's Kukirol-Fußbad ist ein Stärkungsmittel für schwache, schmerzende, brennende und anschwellende Füße, es erhält aber außerdem die Haut gesund und normal, verhütet Wundlaufen und die übermäßige Schweißabsonderung und den damit verbundenen ekelhaften Geruch. Ein viertelstündiges Kukirol-Fußbad und Sie können alle abgestorbenen (verhornten) Hautschichten der Fußsohle einfach abschaben. Sie werden erstaunt sein, wieviel dieser toten Haut Sie [illegible] sich herunterlegen und wie leichtfüßig Sie dann gehen werden. Für Leute, die viel gehen und stehen müssen, ist das Kukirol-Fußbad eine wahre Wohltat.

Das Kukirol-Hühneraugen-Pflaster beseitigt Hühneraugen, Hornhaut, Schwielen und Warzen ohne Schmerzen und ohne daß Entzündungen zu befürchten sind, wie bei der Anwendung minderwertiger Mittel. Weisen Sie andere Präparate entschieden zurück, denn manche Firmen ahmen heute schon unsere Packungen und Schutzmarke nach, um das Publikum zu täuschen. Nicht die Packung, sondern der Inhalt ist für Sie das Wichtigste. Bestehen Sie darauf, Kukirol zu erhalten, und lassen Sie sich nicht durch irgendwelche unwahren Behauptungen davon abbringen.

Wenn Sie Kukirol verlangen, so wissen Sie, was Sie haben, bei verschiedenen anderen Mitteln wissen Sie es nicht. Achten Sie darum auf den Namen Kukirol und die Schutzmarke „Hahn mit Fuß". Beide Präparate (Kukirol-Hühneraugen-Pflaster 75 Pfg. pro Schachtel, Kukirol-Fußbad 50 Pfg. pro Packung) sind in allen Apotheken und wirklichen Fachdrogerien vorrätig. Wo nicht zu haben, erfolgt Lieferung gegen spesenfreie Nachnahme direkt ab Fabrik.

Wichtig! Verlangen Sie die aufklärende und lehrreiche Broschüre „Die richtige Fußpflege", die wir jedem Interessenten kostenlos und portofrei zusenden. Unsere unter der Leitung eines alten, erfahrenen Arztes stehende Wissenschaftliche Abteilung erteilt gegen Einsendung von Rückporto kostenlos Rat und Auskunft über Alles, was Fußpflege und Fußleiden betrifft.

Kukirol-Fabrik Groß-Salze bei Magdeburg.

MARCHIVUM